



MAX-PLANCK-INSTITUT FÜR GESELLSCHAFTSFORSCHUNG
MAX PLANCK INSTITUTE FOR THE STUDY OF SOCIETIES



SCHWERPUNKT

Kapitalismus und Gesellschaft nach der Finanzkrise

Die globale Ausweitung der Finanzmärkte hat die Makroökonomie westlicher Industrienationen unberechenbar gemacht; der wirtschaftliche Auf- und Abschwung hat die Lebensläufe der Menschen zerrissen; wohlfahrtsstaatliche Handlungsspielräume schwinden in Zeiten wachsender nationaler Schuldenlasten; es droht die Entdemokratisierung des europäischen Staatensystems. Welche Antwort geben die von Jahrzehnten des Neoliberalismus geprägten westlichen Marktgesellschaften auf diese Veränderungen und Instabilitäten? → 05

- PRESSESCHAU
Wissenschaftler des MPIfG in den Medien 02

SCHWERPUNKT

- STANDPUNKT
Ein neuer Kapitalismus? Das Ende der Nachkriegsdemokratie (W. Streeck) 05
- AUS DER FORSCHUNG
Das befremdliche Überleben des Neoliberalismus (C. Crouch) 10
- INTERVIEW
Das Beste aus vielen Welten: MaxPo verzahnt globale und europäische Forschung (M. Fourcade, C. Woll, U. Trappe) 15

- FORSCHERPORTRAIT
Hell und schnell: Der Soziologe Patrick Le Galès 19
- NACHRICHTEN
Max Planck Sciences Po Center in Paris nimmt Arbeit auf 23
- NEUERSCHEINUNGEN
Bücher, Journal Articles, Discussion Papers 26
- VERANSTALTUNGEN
Konferenzberichte und Vorschau 2013 29
- Impressum 34

PRESSESCHAU :

Wissenschaftler des MPIfG in den Medien



Dominic Akyel

Das Geschäft mit dem Tod

SWR 2 Wissen | 22.11.2012

„Wer nicht wirbt, stirbt“ – die Schnäppchenkultur macht auch vor der Beerdigung nicht halt: Verbraucher stöbern nach Discountangeboten, machen Preisvergleiche und holen Kostenvoranschläge ein. MPIfG-Wissenschaftler Dominic Akyel klärt im Beitrag über den Wandel der Bestattungskultur auf.

● <http://tinyurl.com/AkyelSWR2121122>

Jens Beckert

Geschenktes Geld: Wie viel Erbe ist gerecht?

SWR 2 Forum | 20.11.2012

Mit dem Erben ist es eine vertrackte Sache: Es gefährdet den Familienfrieden und kann Verwandte auf ewig zu Feinden machen. Auch die Politik tut sich schwer. Die Erbschaftssteuer landet immer wieder beim Bundesverfassungsgericht. Jedes Jahr vererben die Deutschen rund 260 Milliarden Euro an Vermögen – Tendenz steigend. Wie kann dieses Erbe gerecht verteilt werden? Diskussion mit: Prof. Dr. Jens Beckert, Prof. Dr. Otfried Höffe, Christoph Paul.

● <http://tinyurl.com/BeckertSWR2121120>

Wolfgang Streeck

Die vergeblichen Hoffnungen der Europapolitik

WirtschaftsWoche Online | 29.10.2012

Steht Europa auf absehbare Zeit die Spaltung in Retter und zu Rettende bevor? „Für den Norden wird die Kontrolle nie genug sein, für den Süden wird das Geld nie genug sein“, analysiert MPIfG-Direktor Wolfgang Streeck im Interview und erklärt, warum der Solidaritätsgemeinschaft EU die gemeinsame Währung teuer zu stehen kommen wird.

● <http://tinyurl.com/StreeckWiWo121029>

Jens Beckert

Ungleich verteilt

Welt am Sonntag | 07.10.2012

„Erbschaften sind radikal ungleich verteilt“, meint MPIfG-Direktor Jens Beckert und fordert im Interview eine Reform der Erbschaftssteuer, um die Chancengleichheit zu erhöhen.

● <http://tinyurl.com/BeckertWamS121007>

Wolfgang Streeck

Wissen als Macht, Macht als Wissen: Kapitalversteher im Krisenkapitalismus

Merkur | 9/2012

Wir alle ahnen es mittlerweile: Den reichen Demokratien, die von Steuer- zu Schuldenstaaten mutiert sind, steht eine lange und schmerzhaft Roskur bevor. Austerität ist das Gebot, nicht nur der Stunde, sondern vieler kommender Jahre. ... Der Staatsumbau des Neoliberalismus wird weitergehen, damit die nächste Generation abzahlen kann, was im „Pumpkapitalismus“ des ausgehenden 20. Jahrhunderts längst konsumiert wurde. Lässt sich das durchsetzen?

Philip Mader, Gerhard Klas

Verschuldung verhindert politische Aktivierung

Stadtrevue Köln | 9/2012

Der Kölner Journalist Gerhard Klas und der Politikwissenschaftler Philip Mader erklären, wie die Mikrofinanzindustrie mit Armut spekuliert und warum Mikrokredite demnächst auch in Europa eine größere Rolle spielen könnten.

PRESSESCHAU :

Frank Wehinger

Gewalt schadet dem Geschäft

DiePresse.com | 27.09.2012

Wer das Funktionieren von Märkten verstehen will, sollte besser über ihren „illegalen Zwilling“ Bescheid wissen. DiePresse legt ihrer neuen Reihe „Schattenwirtschaft“ die Studie „Illegale Märkte“ von MPIfG-Wissenschaftler Frank Wehinger zugrunde.

● <http://tinyurl.com/WehingerDiePresse120927>

Wolfgang Streeck

„Der Staat hat immer weniger Handlungsspielraum“

Max-Planck-Gesellschaft online | 24.09.2012

MPIfG-Direktor Wolfgang Streeck spricht im Interview über den Gestaltungsspielraum von Staaten in Zeiten der Finanzkrise.

● <http://tinyurl.com/StreeckMPGonline120924>

Wolfgang Streeck und Jens Beckert

Die Eskalation der Krise

WirtschaftsWoche online | 18.09.2012

Fünf Jahre nach der Finanzkrise wird Europa der Probleme nicht Herr und offenbart dabei ein Eskalationsmuster, das die MPIfG-Direktoren Wolfgang Streeck und Jens Beckert als „System des Vertrauensmanagements“ bezeichnen: Der Staat springt ein und greift einem schwächelnden Finanzmarktakteur unter die Arme. Nun verliert der Helfer selber seine Vertrauenswürdigkeit ...

● <http://tinyurl.com/StreeBeckWiWo120918>

Colin Crouch

Europa sichert unsere Autonomie

FAZ | 15.08.2012

MPIfG-Wissenschaftler Colin Crouch vertritt die britische Sicht zur zukunftsweisenden Frage „Welches Europa wollen wir?“ und meint, dass die europaskeptischen Briten lieb gewonnene Vorstellungen aufgeben müssen, um als Gestalter uneingeschränkt im System der EU mitzuwirken.

● <http://tinyurl.com/CrouchFAZ120815>

Jens Beckert

Erbschaftsrecht für Reiche

WDR 5 Politikum | 13.08.2012

Nobel geht die Welt zugrunde! MPIfG-Direktor Jens Beckert erklärt, wie das deutsche Erbrecht es möglich macht, Vermögen in der Familie zu halten und spricht sich für eine höhere Erbschaftssteuer aus.

● <http://tinyurl.com/BeckertWDR5120813>

Annette Hübschle

Not Just the Usual Suspects

Insight | 07.08.2012

Annette Hübschle, doctoral researcher at the MPIfG, looks at the myths and realities of organised crime in Namibia and the SADC region. „Organised crime groups have fully harnessed new technologies“, she says about the new role of social media.

Jens Beckert

„Der Charakter eines Menschen zeigt sich beim Erben“

Süddeutsche Zeitung | 03.08.2012

Über Geld spricht man nicht! Erben gilt vielen Bundesbürgern immer noch als Tabuthema – MPIfG-Direktor Jens Beckert klärt im Interview darüber auf, ob es in Deutschland wirklich eine „Erbengeneration“ gibt, warum Nachlässe ganze Familien zerstören können und aus welchem Grund er eine höhere Erbschaftssteuer fordert.

Jens Beckert

Das Jüngerprinzip lässt die Kassen klingeln

Handelsblatt | 21.07.2012

Was macht den Wert von Waren wirklich aus? Auch MPIfG-Direktor Jens Beckert ergründet die Frage nach der religiösen Dimension unseres Wirtschaftssystems.

● <http://tinyurl.com/BeckertHandelsbl120721>

Wolfgang Streeck

Der Glaubenskrieg der Ökonomen

WirtschaftsWoche | 17.07.2012

Beim Thema Schuldenkrise streiten sich deutsche und englischsprachige Ökonomen. Wirtschaftssoziologe Wolfgang Streeck urteilt: „Die Ökonomen sind wie eine

PRESSESCHAU :

Sekte. Sie gehen davon aus, dass es nur eine Wahrheit geben kann.“

● <http://tinyurl.com/StreeckWiWo120717>

Fritz Scharpf

Der Traum ist aus: Linke und Europäische Union

sozialistische-linke.de | 05.07.2012

Die Sozialistische Linke ist enttäuscht vom Modell EU. Das europäische Sozialmodell war eine Selbsttäuschung von Gewerkschaftlern und Sozialdemokraten, erklärt MPIfG-Emeritus Fritz Scharpf.

● <http://tinyurl.com/ScharpfSozia-Li120705>

Wolfgang Streeck

Economic Growth after Financial Capitalism

Social Europe Journal | 19.06.2012

Is growth really the only way out of the debt and financial crisis? Does economic growth only exist if we equate the economy with finance? MPIfG-Director Wolfgang Streeck discusses the meaning of “growth” and the limitations of the growth model.

● <http://tinyurl.com/StreeckSocEuJour120619>

Wolfgang Streeck

Welche Gerechtigkeit ist im Kapitalismus möglich?

Bayern 2 | 03.06.2012

Slogans der Occupy-Bewegung wie „Wir sind 99 Prozent“ oder „Wir zahlen nicht für Eure Krise“ dokumentieren das Gefühl einer fundamentalen Ungerechtigkeit in der Wirtschaft. Soziologe Wolfgang Streeck sieht eine grundsätzliche Spannung zwischen den Gerechtigkeitsvorstellungen und der kapitalistischen Wirtschaft.

Diese und weitere aktuelle Beiträge unter www.mpifg.de/aktuelles/mpifg_medien_de.asp
 Artikel zur Finanzmarktkrise unter www.mpifg.de/aktuelles/themen/finanzkrise.asp

STANDPUNKT :

Ein neuer Kapitalismus? Das Ende der Nachkriegsdemokratie

Gastbeitrag von Wolfgang Streeck in der Süddeutschen Zeitung | 27. Juli 2012

Der Klassenkampf ist zurück. Überall im Westen wollen die Menschen wissen, wer für die Krise bezahlt. Dabei ist dies längst entschieden: Bei der Verteilung der Konkursmasse des Schuldenstaats zählen die Ansprüche der Gläubiger mehr als die seiner Bürger. Der europäische Wohlfahrtsstaat ist Geschichte.



Gegenwärtig sind wir Zeugen einer neuen Welle der europäischen Integration. Ihre treibende Kraft ist aber nicht ein neues europäisches Bewusstsein der Bevölkerung. Im Gegenteil: Niemals in dem hinter uns liegenden halben Jahrhundert war das Misstrauen zwischen den Völkern Europas größer als heute. Motor des Wiederauflebens des Integrationsprozesses nach dem Scheitern des Verfassungsprojekts sind denn auch die „Märkte“, die um ihre in das europäische Staatensystem investierten Milliarden fürchten. Ein Ende des Euro käme sie teuer zu stehen, ebenso wie der Bankrott eines der Schuldnerstaaten oder ein Schuldenschnitt. So besorgt sind die Märkte, dass sie als Sicherheit dafür, dass die Schulden auf Heller und Pfennig und mit Zins und Zinseszins zurückgezahlt werden, nichts Geringeres verlangen als einen grundstürzenden Umbau des europäischen Staatensystems.

Zwischen den Nationalstaaten Europas und der internationalen Hochfinanz unserer Tage bestehen seit Langem vielfältige Verwicklungen. Nach Einführung des Euro gaben die Geldhäuser Europas und Amerikas den Mitgliedsländern der Europäischen Währungsunion Kredit, was das Zeug hielt, und allen zu praktisch gleich niedrigen Zinsen. Nach 2008 ließen sie sich dann von denselben Staaten, die zugleich ihre Volkswirtschaften vor ihnen zu retten hatten, vor sich selber retten. Dadurch stieg die öffentliche Verschuldung auf ein Niveau, das die gerade geretteten Finanzinstitute um die Zahlungsfähigkeit ihrer staatlichen Retter-Schuldner fürchten ließ. „Die Märkte“ signalisierten Panik, indem sie die Zinsen für ausgewählte Staaten erhöhten, und verlangten Beruhigung durch eine „glaubhafte“, das heißt irreversible Internationalisierung der Staatsschulden. Damit wurde der Finanzsektor zum Vorkämpfer europäischer „Solidarität“ – wenn nicht zwischen den Völkern, dann doch der Völker mit ihm.

Die europäische Integration ist heute ein „Elitenprojekt“

So kam der Umbau in Gang. Sein Ziel ist die Umwidmung der Europäischen Union zu einem Einlagensicherungssystem und Inkassobüro für Staatsschulden. Der Euro muss erhalten bleiben, damit den Schuldnerstaaten der Ausweg in die Abwertung versperrt bleibt, jetzt und dauerhaft; die Staaten müssen gehindert werden, von

„ Die Europäische Union wird zu einem Einlagensicherungssystem und Inkassobüro für Staatsschulden umgewidmet. “

ihrer Souveränität Gebrauch zu machen und ihre Schulden zu annullieren; die noch zahlungsfähigen Staaten müssen sich bereitfinden, für die anderen geradzustehen; und damit sie dies tun, müssen sich die Staaten, denen geholfen werden muss, unter Kuratel stellen lassen. Da Hilfe zu gewähren ebenso kostspielig und unpopulär ist, wie, auf andere Weise, Hilfe zu empfangen, muss beides möglichst im Verborgenen (vorzugsweise im Arkanum der Zentralbanken) stattfinden und Widerspruch, wo er trotzdem auftritt, als „populistisch“ diskreditiert werden.

STANDPUNKT :

Mehr denn je ist die europäische Integration deshalb heute ein „Elitenprojekt“, für dessen Durchsetzung das gesamte, in Jahrzehnten entwickelte Repertoire zur Erzeugung dessen, was man einmal „permissiven Konsens“ genannt hat, eingesetzt werden muss, und in verschärfter Form. Schon im Verfahren beginnt, was immer deutlicher als galoppierende Entdemokratisierung des europäischen Staatensystems erkennbar wird. Und das nicht erst, seit die versammelte Europäische Union einen gewählten Ministerpräsidenten, der die ihm verordnete Kürzungspolitik einem Referendum unterwerfen wollte, durch einen erprobten Vertrauensmann des Finanzkapitals ersetzte.

Seit Jahren beschließen Brüsseler Gipfeltreffen immer neue institutionelle Veränderungen, die dann mit der Zinspistole der „Märkte“ am Kopf stehenden Fußes durch die nationalen Parlamente ratifiziert werden müssen. Dabei wird die Kunst der Mehrebenendiplomatie, mit deren Hilfe Regierungen schon immer ihre Macht gegenüber ihren Parlamenten zu stärken wussten, zur Vollendung gebracht, indem Verpflichtungen zu tief gehenden Verfassungsänderungen beschlossen werden, gerne auch mit Ewigkeitscharakter, zu denen es dann „keine Alternative“ gibt, auch weil „die Märkte“ auf jedes Zögern mit „Panik“ reagieren könnten. Nicht einmal das Bundesverfassungsgericht wird diesem Druck auf die Dauer standhalten können. Ob die Regierungen wissen, was sie international unter Zeitdruck aushandeln, mag dahinstehen; die Parlamentarier, die Tausende Seiten Begründungen und Ausführungsbestimmungen kurzfristig abzunicken haben, ahnen es bestenfalls (und immer wieder ist das, was sie gerade beschließen sollen, schon durch weitere Gipfelabsprachen überholt); und die Öffentlichkeit, die längst nicht mehr folgen kann, weiß es überhaupt nicht.

Schuld an der Krise ist die Gier der Bürger mit ihrer Demokratie

Wie das Verfahren, so die Substanz. Es lohnt nicht, den derzeitigen Stand der Reformen und Reformprojekte Revue passieren zu lassen: Das Einzige, was sicher ist, ist, dass er schon nächste Woche nicht mehr aktuell sein wird. Die großen Linien aber sind deutlich. Schuld an der Krise ist die Gier der Bürger mit ihrer Demokratie, nicht die der Banken und ihrer Märkte. Reguliert werden müssen deshalb nicht diese – das ginge, wie sich in vier Jahren Krise gezeigt hat, sowieso nicht –, sondern jene. Kurzfristig muss bei der Verteilung der Konkursmasse des demokratischen Schuldenstaats der Vorrang der Ansprüche seiner Gläubiger vor denen seiner Bürger – die Vorrangigkeit von Kreditverträgen gegenüber Bürgerrechten – so zweifelsfrei institutionalisiert werden, dass auch der misstrauischste Wall-Street-Banker bereit ist, sich auf ihn zu verlassen. Und längerfristig muss ein für alle Mal eine Staatsform durchgesetzt werden, die ausschließt, dass demokratische Politik noch einmal über die Stränge des Marktes schlägt.

Auch der Weg dorthin ist kaum mehr strittig. National geht es um die schnellstmögliche verfassungsrechtliche Installierung möglichst ähnlicher „Schuldenbremsen“, deren Anforderungen weit über das hinausgehen, was in den Verträgen zur Europäischen Währungsunion vorgesehen war. Gleichzeitig wird auf europäischer Ebene an der Einrichtung sanktionsbewehrter Überwachungs-, Einwirkungs- und „Durchgriffs“-Möglichkeiten gearbeitet, mit denen internationale Behörden Staaten, die vom Pfad der fiskalischen Tugend abweichen, auf diesen zurückführen können – etwa wenn ihre Bürger eine falsche Partei an die Regierung gebracht haben. Pardon wird dabei nicht gegeben: „Für den Fall, dass sich ein Land nicht an die Haushaltsregeln hält, ginge nationale Souveränität automatisch in dem Ausmaß auf die europäische Ebene über, dass dadurch die Einhaltung der Ziele gewährleistet werden kann ... Denkbar wäre zum Beispiel das Recht, Steuererhöhungen oder proportionale Ausgabenkürzungen vornehmen – und nicht bloß verlangen – zu können ... In einem solchen Rahmen könnten Konsolidierungspfade durch die europäische Ebene sichergestellt werden, auch wenn sich hierfür keine Mehrheiten in dem jeweiligen nationalen Parlament finden sollten“ (Bundesbankpräsident Jens Weidmann am 14. Juni 2012).

STANDPUNKT :

Verlust an politischem Handlungsspielraum

Damit verwandelt sich der europäische Wohlfahrtsstaat in einen in internationale Disziplin eingebundenen Konsolidierungsstaat. Dessen wichtigstes Merkmal ist ein säkularer Verlust an politischem Handlungsspielraum im Vergleich zum Nationalstaat der Bretton-Woods-Welt, der innenpolitisch gewollte oder unvermeidliche Sonderwege wenn nötig durch Abwertung seiner Währung absichern konnte. Dagegen ist die politische Ökonomie des Konsolidierungsstaats dauerhaft an strikte Regeln gebunden – etwa wenn der Entschuldungsplan des deutschen Sachverständigenrats für Italien vorsieht, dass das Land nicht nur „sparen“, sondern in seinem öffentlichen Haushalt einen Primärüberschuss von 4,5 Prozent erwirtschaften müsse, und zwar über 25 Jahre, egal wer regiert. Konsolidierung wird dabei vor allem durch Ausgabenkürzungen stattfinden, da höhere Besteuerung mobiler Steuerquellen nur bei Beendigung des internationalen Steuerwettbewerbs durchsetzbar wäre; davon aber ist bei aller beabsichtigten Koordinierung der Wirtschaftspolitik nicht einmal am Rande die Rede.

Die Festlegung der kapitalistischen Demokratien auf ein neoliberales Zurückschneiden des Staates gestaltet nicht nur die Besteuerung, sondern auch die Staatstätigkeiten degressiver, im Sinne von immer weniger von oben nach unten umverteilend. Kürzungen treffen vor allem diskretionäre und neue Aufgaben, etwa im Ausbildungsbereich. Vorsorge und Investitionen in die Vermarktbarkeit von Qualifikationen werden zunehmend privater Leistungsfähigkeit anheimgestellt; dasselbe gilt für den Zugang zu zahlreichen an Privatunternehmen abgetretenen, früher öffentlichen Dienstleistungen. Wohlfahrtsstaatliche Daseinsvorsorge wird an „Großvaterklauseln“ gebunden und für die nachwachsenden Generationen unerreichbar; so kann sie als Privileg der Älteren diskreditiert und können spätestens mit dem Absterben der Leistungsempfänger auch die gebundenen Ausgaben des Staates sinken.

Druck der „Märkte“

Die Kehrseite von Entstaatlichung ist Privatisierung, auch bei der Verschuldung: Staaten, deren Verfassung ihnen den Weg an den Kapitalmarkt versperrt, sind dankbare Teilnehmer an Private Public Partnerships, bei denen die Kredite von privaten Unternehmen aufgenommen und anschließend über Jahrzehnte von den Staaten oder ihren Bürgern durch Nutzungsgebühren abgegolten werden. Auch am Konsolidierungsstaat lässt sich gutes Geld verdienen.

„ Der Konsolidierungsstaat ist die zeitgemäße Staatsform einer Epoche, in der Staaten in Märkte eingebettet sind. “

So dürfte Angela Merkels neoliberales Leipziger Programm von 2003, das sie beinahe die Kanzlerschaft gekostet hätte, am Ende doch noch reüssieren – wenn nicht auf Wunsch der Wähler, dann auf Druck der „Märkte“. Der Konsolidierungsstaat ist die zeitgemäße Staatsform einer Epoche, in der Staaten in Märkte eingebettet sind, statt, wie im demokratischen Kapitalismus der Nachkriegszeit, Märkte in Staaten. Seine Institutionalisierung ratifiziert den historischen Wandel zum Neoliberalismus. Mit ihr wird die Hayek'sche Utopie einer kapitalistischen Marktwirtschaft, die gegen die Willkür massendemokratischer Politik und die Unsauberkeiten diskretionärer Eingriffe zur Herstellung „sozialer Gerechtigkeit“ abgeschirmt ist, Realität. Aufgabe der Politik wird es, statt Schmerzmitteln bittere Pillen zu verabreichen. Statt Umverteilung gibt es „Reformen“, statt äußerer Abwertung durch Währungsschnitt die innere: „Wettbewerbsfähigkeit“ durch Lohnsenkungen, Rentenkürzungen, „flexible“ Beschäftigung jedweder Art – ein Fass ohne Boden, denn was immer in den internationalen Regeln steht, nach denen Wirtschaftspolitik fortan zu betreiben sein wird: Mindestlöhne, Mindeststeuersätze für Unternehmen und Besserverdienende, Tarifautonomie, Streikrecht und so weiter werden es gewiss nicht sein.

STANDPUNKT :

Die EU als Imperium

Auch die Europäische Union wird sich in ihrem Wesen ändern. Formell gelten die Regeln des Fiskalpakts und der anderen Pakte, die noch kommen werden, für alle Mitgliedstaaten gleichermaßen. Aber das erinnert an Anatole France und sein Bonmot über „das Gesetz in seiner erhabenen Gleichheit“, das es Reichen wie Armen verbietet, unter den Brücken von Paris zu übernachten. „Durchgegriffen“ werden wird nicht auf die Länder des Zentrums, sondern auf die der Peripherie: Länder, die auf absehbare Zeit in einem Niedrigproduktivitätsgleichgewicht feststecken werden. Sie werden sich daran gewöhnen müssen, dass ihre Staatshaushalte in Brüssel oder Berlin gemacht werden.



Ämterverflechtung bei EU-Technokraten: Mario Draghi (hier Mitte 2011 als Gast bei Angela Merkel) ist seit 1. November 2011 Präsident der EZB. Zuvor war er Gouverneur der Banca d'Italia (2006–2011) und Vizepräsident von Goldman Sachs in London (2004–2005).

ihre Regierungen in ihrem Namen aufgenommen haben – schließlich haben sie sie ja gewählt. Allerdings vergisst die demokratietheoretische Zurechnung der Staatsschulden an das Staatsvolk die Mitschuld der Gläubiger, die der Regierung eines Landes unbegrenzt Kredit gegeben haben, das sich den Zugang zur Europäischen Währungsunion durch Fälschung seiner volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung erschleichen musste; der politischen Parteien, die die Bürger über den wahren Zustand ihrer Staatsfinanzen belogen haben; und der europäischen Behörden, einschließlich der Europäischen Zentralbank, die dem Wachstum des griechischen Schuldenbergs ein Jahrzehnt lang stillschweigend zugesehen haben. Ginge es um Privatkredite, könnten die griechischen Bürger vermutlich ihre Gläubiger und Volksvertreter mitsamt der Europäischen Union wegen betrügerischer Anlageberatung erfolgreich verklagen.

Damit wird die EU, die sich bisher als Organisation gleichberechtigter Staaten verstand, zu einem Imperium, erst recht, wenn Länder wie Albanien, Kosovo, Montenegro, Serbien beigetreten sein werden. Imperien aber sind nicht beliebt, zumindest nicht bei denen, die in ihnen zu gehorchen haben – denen im Fall des neuen Europa Brüsseler Technokraten diktieren werden, was sie wofür ausgeben dürfen und wie sie ihre Lebensweise verändern müssen, wenn sie in Zukunft einmal mehr ausgeben wollen. Ressentiments werden blühen, mühsam im Zaum gehalten durch „Wachstumsprogramme“, die in Wahrheit nichts anderes sein werden als Loyalitätsprämien für die örtlichen Verbündeten.

Von Demokratie ist bei alledem nur noch die Rede, wenn zu begründen ist, warum griechische Rentner und Arbeitnehmer die Schulden zurückzahlen sollen, die

Demokratie als Versprechen

Ansonsten gibt es Demokratie noch als Versprechen, in Gestalt einer erhofften unbeabsichtigten Nebenfolge der Fiskalunion. Die Aussicht hierauf soll die Freunde eines demokratischen Europa dazu bringen, auf den Integrationszug aufzuspringen, auch wenn dieser längst von der Geldindustrie gesteuert wird. Die Logik ist die des Neofunktionalismus: einer ehrwürdigen Theorie der europäischen Integration, wonach jede Abgabe von Kompetenzen an europäische Organe zwingend die Abgabe anderer, angelagerter Kompetenzen nach sich zieht, die Europäisierung der Fiskalpolitik also als über Sachzwänge vermittelte List der Vernunft die Tür für eine Europäisierung der Demokratie öffnet.

STANDPUNKT :

Das letzte Mal, dass der Neofunktionalismus erhalten musste, eine hoffnungsfrohe Linke ins neoliberale Boot zu holen, war beim Binnenmarktprogramm von 1992, das kein Geringerer als Jacques Delors Gewerkschaften und Sozialstaatsfreunden mit dem Argument schmackhaft machte, dass dem erweiterten Markt eine erweiterte „soziale Dimension“ folgen müsse, weil er ohne sie nicht funktionieren könne. Die politikwissenschaftliche Integrationsliteratur jener Zeit drehte sich dann nur noch um die Frage, was wohl als Erstes kommen werde, die Mitbestimmung in Großunternehmen oder die europaweite Zurückdrängung der atypischen Beschäftigung. Heute allerdings, nach zwei Jahrzehnten kraftvoller Durchsetzung der „vier Freiheiten“ des Binnenmarktes, spricht von der „sozialen Dimension“ niemand mehr. Es gibt keinen Grund zu vermuten, dass es sich bei dem erhofften Übergang von einer Fiskal- zu einer Demokratieunion anders verhalten wird.



Was sich in Wahrheit abzeichnet, ist eine rapide Ausbreitung dessen, was heute Postdemokratie genannt wird. In ihr bleibt die Wirtschaft von dem, was man den „Druck der Straße“ nennt, verschont und wird einer von Zentralbanken und Regulierungsbehörden exekutierten regelgebundenen Wirtschaftspolitik unterstellt. Demokratie jenseits eines residualen Rechts- und Polizeistaats wird dann frei für öffentliche Inszenierungen aller Art: für Politainment für die nachrichtenverfolgende Mittelschicht ebenso wie für die Mobilisierung nationaler Ressentiments – von unten gegen faule Südländer oder arrogante Deutsche oder abgehobene Eliten im Allgemeinen, von oben nach Art von Monti und Rajoy zum Aufbau innenpolitischer Unterstützung trotz Kürzungspolitik und zur Verbesserung internationaler Verhandlungspositionen bei deren zwischenstaatlicher Ausgestaltung.



Wolfgang Streeck

ist seit 1995 Direktor am Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung in Köln. Nach dem Studium der Soziologie in Frankfurt und New York (Columbia) wurde er 1986 an der Universität Bielefeld habilitiert. Von 1976 bis 1988 war er Research Fellow am Wissenschaftszentrum Berlin, danach wurde er als Professor für Soziologie und industrielle Arbeitsbeziehungen an die Universität von Wisconsin in Madison berufen. Er war als Gastprofessor unter anderem am Europäischen Hochschulinstitut in Florenz, an der Universität von Warwick, am Center for Advanced Studies in the Social Sciences Madrid sowie an der Bocconi-Universität in Mailand tätig.

● Zum Weiterlesen
www.mpifg.de/aktuelles/themen/finanzkrise.asp

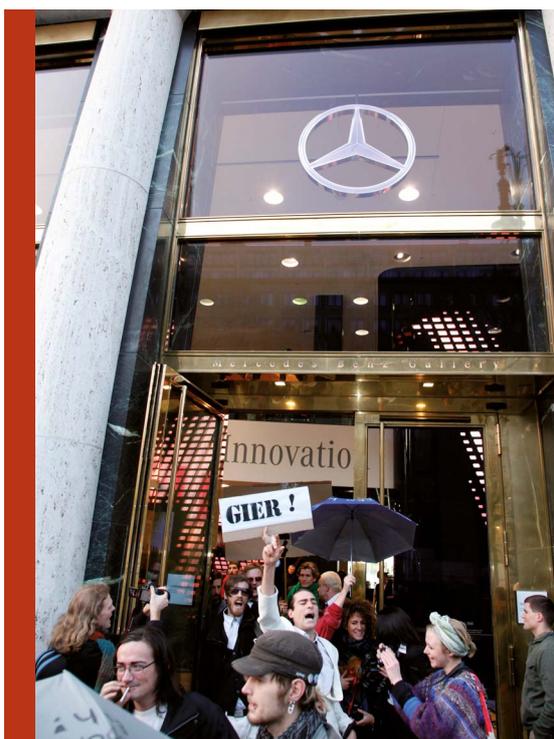
AUSDERFORSCHUNG :

Das befremdliche Überleben des Neoliberalismus

Colin Crouch

Der Neoliberalismus hat die Finanzkrise überlebt. Colin Crouch unternimmt einen Erklärungsversuch und denkt darüber nach, wie sich die „bequeme Übereinkunft“ zwischen Staat, Markt und Großkonzernen im Sinne des Gemeinwohls gestalten lässt.

Anfangs sah es so aus, als ob der Verfall des Finanzsystems in den Jahren 2008/2009 auch eine ernsthafte Krise des Neoliberalismus nach sich zöge. Zwar gibt es unterschiedliche Ausprägungen des Neoliberalismus, der seit den späten 1970er-Jahren über den westlichen Teil der Welt und weit darüber hinaus herrscht, aber allen Varianten ist doch ein Kern gemeinsam: dass freie Märkte, auf denen Individuen ihre materiellen Interessen maximieren, die besten Möglichkeiten bieten, die Menschen zu versorgen, und dass Märkte dies eben per se besser können als der Staat mit öffentlichen Maßnahmen.



Die Finanzkrise hat die Ideen des Neoliberalismus infrage gestellt, weil die führenden Banken der Welt darin eine bedeutende Rolle spielen: Sie sind *Profit maximizers* auf den freiesten Märkten. Wie konnte es dann möglich sein, dass ihre Tätigkeiten nicht dem Gemeinwohl dienen? Warum konnten die Finanzmärkte – die wohl am stärksten globalisierten Märkte in der Weltgeschichte – jenen außerordentlichen Schwierigkeiten nicht begegnen? Die elaboriertesten Wirtschaftstheorien haben behauptet, dass freie Finanzmärkte sich immer selbst korrigieren können und müssen. Warum aber mussten dann die Regierungen die Banken mit Milliarden Euro ihrer Bürger retten? Auch die Regierungen haben uns immer wieder versichert, dass staatliche Akteure am Markt viel weniger leistungsfähig seien als private Unternehmen. Warum übernahmen die Regierungen die Argumente der Banken so leicht und schnell? Ist es wirklich wahr, dass die Banken „zu groß zum Scheitern“ sind, und dass Regierungen und Steuerzahler ihnen zu Hilfe eilen müssen, wenn sie in der Krise stecken? Und wenn das so ist, heißt das nicht,

dass es strenge Regeln und Schranken für Märkte geben muss? Und heißt es nicht auch, dass damit die wichtigsten Annahmen des Neoliberalismus brüchig werden? Kurz: Sehen wir nach solchen Misserfolgen nicht das Ende der Hegemonie des Neoliberalismus?

Die Macht der Großkonzerne

In meinem Buch *Das befremdliche Überleben des Neoliberalismus* antworte ich „Nein“. Der real existierende (im Gegensatz zum ideologisch reinen) Neoliberalismus ist keineswegs immer ein Förderer des freien Marktes, wie behauptet wird. Faktisch hat der Neoliberalismus zur Vorherrschaft von Großkonzernen über das öffentliche Leben geführt. Die Konfrontation zwischen Markt und Staat, die die politische Auseinandersetzung in vielen Gesellschaft-

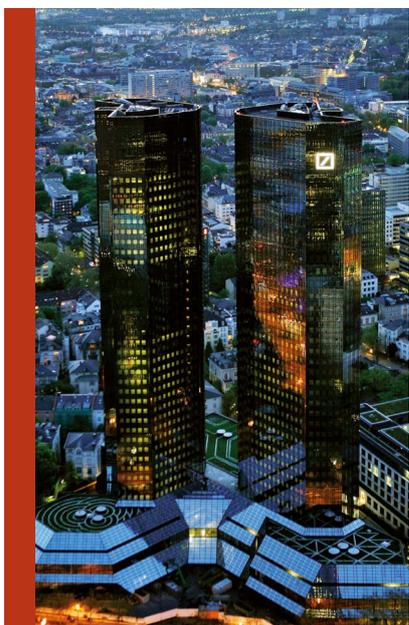
AUSDERFORSCHUNG:

ten zu beherrschen scheint, verhüllt die Existenz dieser dritten Kraft, die in der Tat stärker ist als die anderen beiden Kräfte, und die deren Wirkungen entscheidend verändert. Die Politik des frühen 21. Jahrhunderts führt eine Tendenz fort, die bereits am Ende des 20. Jahrhunderts begonnen hat: Es gibt weniger eine Konfrontation als vielmehr eine bequeme Übereinkunft zwischen allen dreien: zwischen Markt, Staat und Konzernen. Unser Verständnis von Politik und Wirtschaft muss sich ändern und den falschen Gegensatz „Staat versus Markt“ überwinden.

Man sieht die politische Macht der Konzerne am offensichtlichsten in ihren vielfältigen Lobby-Tätigkeiten – am intensivsten in den Vereinigten Staaten. Doch auch viele andere Gesetzgeber der demokratischen und der undemokratischen Welt werden von Lobbies beeinflusst. Die Macht der transnationalen Konzerne ist darüber hinaus deutlich sichtbar in ihrer Fähigkeit zum *regime shopping*. Das heißt, dass sie für neue Investitionen unter verschiedenen Ländern wählen können: Sie verhandeln mit Regierungen etwa über niedrige Steuern oder weniger Regulierungen, um den für sie attraktivsten Standort zu finden. Aber diese offensichtlichen Faktoren werden noch durch andere, subtilere verstärkt.

„ Der real existierende Neoliberalismus ist nicht unbedingt ein Förderer des freien Marktes. “

Erstens finden wir bei vielen Regierungen die Tendenz, eigene Tätigkeiten oder Dienstleistungen an private Firmen abzugeben – die Europäische Union ermutigt dieses *Outsourcing* ausdrücklich. In diesen neuen Märkten für öffentliche beziehungsweise wohlfahrtsstaatliche Dienste gibt es normalerweise nur einen Kunden: den Staat. Und es gibt nur eine kleine Zahl von Versorgerfirmen. Die Bürger selbst sind keine Kunden, nur Nutzer der Dienste, sie stehen außerhalb der durch Vertrag geregelten Marktverhältnisse. Hieraus ergeben sich zwei Probleme: Solche Märkte sind erstens kaum „frei“ zu nennen, und außerdem gewinnen die privaten Firmen Einfluss auf die Politik, weil es unmöglich ist, Lieferanten komplizierter Dienste als bloße „Agenturen“ des Staates zu behandeln; sie sind Vertragspartner.



Zweitens gibt es die Politik der sogenannten *Corporate Social Responsibility*: Firmen übernehmen von sich aus Verantwortung für einen Teil der Auswirkungen, die ihre Produktion oder Dienstleistungen auf die Gesellschaft und die Umwelt haben. Hier beginnen Firmen politisch zu handeln, weil sie selbst entscheiden, welche Sozial- oder Umweltfragen wahr- und ernst genommen werden.

Drittens greife ich den Aspekt vom Beginn dieses Beitrags auf: die Tatsache, dass die Finanzkrise 2008/2009, die die Macht der großen Finanzkonzerne untergraben sollte, diese in der Tat nur verstärkt hat. Die Entscheidung, dass die großen Banken zu groß zum Scheitern waren, bedeutet ja, dass Regierungen von den Banken abhängig geworden sind und alles tun werden, um sie zu unterstützen. Als Folge der Krise gibt es nun eine kleinere Zahl von jeweils größeren Banken am Markt, oft in Gruppen, die teilweise mit der Hilfe von Regierungen geschaffen wurden. Der für die Wirtschaft so wichtige Finanzsektor wird deshalb immer monopolistischer und politiknäher.

AUSDERFORSCHUNG:

Bequeme Übereinkunft zwischen Staat, Markt und Konzernen

Die nächste Frage ist: Was geschieht mit der Demokratie und der Zivilgesellschaft, wenn die großen Konzerne nicht nur, quasi von außen, starken Druck auf politische Prozesse ausüben, sondern auch zu internen Mitspielern, ja vielleicht sogar zu den wichtigsten „Bürgern“ werden? Keine Wirtschafts- oder Politiktheorie befürwortet diese Situation; und doch ist sie eine zentrale Wirklichkeit unseres öffentlichen Lebens geworden.

Eine seltsame Folge ist, dass der Markt neben der Demokratie ebenfalls zum Opfer wird. Das mag erstaunen, weil die meisten politischen Debatten keinen Unterschied machen zwischen dem Markt und den Konzernen als Akteuren des wirtschaftlichen Lebens. Diese fehlende Differenzierung führt auch zu der Darstellung, dass es um eine Konfrontation „Staat gegen Markt“ ginge. Genauer wäre es, von einer dreiseitigen Konfrontation zwischen Staat, Markt und Konzernen zu sprechen. Ich würde allerdings sagen, dass es nicht so sehr um eine Konfrontation geht, als vielmehr um eine „bequeme Übereinkunft“: Zum einen gelingt es den Konzernen, die anderen Mitglieder des Dreiecks zu vereinen, sie üben demnach eine Vermittlerfunktion aus. Zum anderen müssen wir auch zugeben, dass wir ohne ein Entgegenkommen und Zusammenwirken der drei Kräfte eine arme, ja grausame Gesellschaft hätten, wo wenigstens eines der drei Glieder verküppelt und funktionslos wäre. Man muss sich nur vorstellen, wie mangelhaft ein Leben ohne öffentliche Regierung wäre, ohne die Möglichkeit, Güter und Dienste auf dem Markt zu kaufen oder ohne Firmen, die aufgrund ihrer Größe enorme technische Innovationen hervorbringen können.

Der Ruf nach der „vierten Kraft“

Die Analyse der Macht der großen Konzerne kann nicht zu der Schlussfolgerung führen, dass man sie auf irgendeine Weise „zerschlagen“ und eine Wirtschaft ohne sie anstreben sollte. Die strengsten Marktliberalen und manche Marxisten würden vielleicht eine solche Welt wollen. Doch diese beiden ungleichen Freunde gehören aufgrund ihrer unrealistischen Visionen zu Recht der Vergangenheit an. Stattdessen müssen wir die Existenz und die Macht der Konzerne, und damit auch ihre Versuche, einen zerstörenden Einfluss auf Markt und Staat zu gewinnen, in gewisser Weise akzeptieren. Wir müssen aber lernen, uns dieser Macht zu stellen und sie zu gestalten. Dafür brauchen wir eine „vierte Kraft“: die Kraft der vielen kleinen Stimmen der Zivilgesellschaft, der Bürgerbewegungen. Diese können gewiss nicht die Macht der Konzerne abschaffen oder gar beseitigen; sie können aber Fehlverhalten und Missstände im „bequemen Dreieck“ aufdecken, beschreiben und kritisieren. Dies verheißt keine neue Gesellschaftsordnung anstelle des „Spätkapitalismus“, aber diese „vierte Kraft“ kann zu einem besseren Leben führen als dem in einer Welt, die von Staaten und Konzernen allein regiert wird.

„ Wir müssen die Existenz und die Macht der Konzerne akzeptieren und gestalten. “

Ein wichtiger Aspekt dieses Problems ist, dass die üblichen Träger kritischer Bewegungen gegen die Macht des privaten Reichtums – politische Parteien des linken Spektrums – nicht zuverlässig sind. Einerseits benötigen sie Geld, und die Konzerne sind wichtige Quellen der Parteienfinanzierung geworden. Also müssen alle größeren Parteien Unterstützer unter den großen Konzernen haben. Andererseits müssen alle Parteien, die regierungsfähig sind oder werden wollen, mit globalen Konzernen das Spiel des *Regime shopping* spielen. Beides schränkt die Möglichkeit eines kritischen Umgangs mit den Konzernen ein. Zudem sind Konzerne oftmals global oder wenigstens

AUSDERFORSCHUNG:



transnational verfasst, während die Parteien jedoch, auch in Europa, national geblieben sind. Schließlich haben sich fast alle Politiker die neoliberale These zu eigen gemacht, dass private Firmen fast immer leistungsfähiger als Regierungen seien, und fügen sich deswegen demütig den Konzernen.

An diesem Punkt werden die Bürgerbewegungen und zivilgesellschaftlichen Gruppen wichtig, die die Tätigkeiten der großen Konzerne beobachten und Fehlverhalten aufdecken. Sie sind weniger angreifbar als die Parteien, und obwohl sie kleiner sind, sind sie oft besser als die Parteien in der Lage, auf einer transnationalen Ebene zu agieren. So können sie neue Akzente setzen. Viele von ihnen haben rasch gelernt, das Internet mit seinen Möglichkeiten zu nutzen. Das Verhalten der Konzerne wurde durch diese Gruppen zu einem politischen Thema gemacht; und die Konzerne selbst werden zu politischen Akteuren, insofern sie auf die Kritik antworten müssen. Es ist ein interessantes Paradox: Unter dem Neoliberalismus ist die wirtschaftliche Rolle des Staates kleiner geworden. Das heißt aber nicht nur, dass öffentliche Diskussionen über die Wirtschaft zunehmend „verschwinden“. Mit der Abwesenheit des Staates nimmt auch der politische Schutz der Konzerne ab. In einer „normalen“ liberal-kapitalistischen Politik wird der Streit über wirtschaftliche Fragen unter Parteien ausgetragen. Die Parteien haben starke Anreize, *einander* die Schuld zuzuschieben. Sie haben kein Interesse daran, Firmen, die keine Wahlkandidaten sind, in diese Diskussionen einzubeziehen. Die Konzerne fahren also leise fort, Geld zu machen, und überlassen alle Konflikte und Kontroversen den Parteien.

Für die Bürgerbewegungen ist das anders. Sie sind selbst keine Wahlkandidaten und müssen nicht alle Probleme als Parteienkonflikte austragen. Sie weisen die Schuld denen zu, von denen sie glauben, dass sie Schuld tragen; und das kann dann auch Konzerne und Firmen treffen. Paradoxerweise hat die *Corporate Social Responsibility* diese Tendenz verstärkt. War sie ursprünglich ein Kennzeichen der Dominanz der großen Konzerne über die Politik und Symbol ihrer Fähigkeit, öffentliche Fragen zu definieren, so kann sie den Konzernen auch Schwierigkeiten bereiten, weil sie die Akzeptanz gesellschaftlicher Verantwortung signalisiert.

„ Mit der Abwesenheit des Staates nimmt auch der politische Schutz der Konzerne ab. “

Möglicherweise behaupten die Konzerne nur um der guten Publicity willen, dass sie gesellschaftlich verantwortlich handeln. Die einmal aufgestellte Behauptung kann aber auch von anderen in der Debatte genutzt werden, und das ist wichtig. Auf diese Weise wächst ein neues Politikfeld mit Debatten und Kritik zwischen Firmen und Bürgerbewegungen heran. Dennoch sollte man nicht zu optimistisch werden. Die Ressourcen dieser Initiativen sind klein, jene der Konzerne sind groß. Die Organisationen und Leiter der Initiativen sind korrumpier-



AUSDERFORSCHUNG:

bar; wie die Parteien brauchen sie Ressourcen, und auch für sie können Konzerne Ressourcenquellen werden. Und die gegenwärtige Situation, in der kleine Gruppen das Internet und ähnliche Medien mitunter besser zu nutzen verstehen als die großen Interessengruppen, wird nicht für immer andauern. Aber heute ist es so, und man muss dies nutzen.

Die Rede war von einem „bequemen Dreieck“ aus Markt, Staat und Konzernen. Haben wir in Wahrheit ein „unbequemes Viereck“: Markt, Staat, Konzerne und Bürgerbewegungen? Die vierte Seite dieses Vierecks ist zwar viel schwächer als die anderen drei. Sie bringt uns aber, wenn auch keine echte neue Demokratie, so doch wenigstens ein lebhafteres politisches Leben und eine erweiterte Agenda.



Colin Crouch

ist seit 1997 Auswärtiges Wissenschaftliches Mitglied des MPIfG und war seit 2005 bis zu seiner Emeritierung 2011 Leiter des Institute of Governance and Public Management an der Warwick Business School der Warwick University. Nach dem Studium der Ökonomie, Politikwissenschaften und Philosophie an der London School of Economics and Political Science und am Nuffield College der Oxford University war er Professor für Soziologie in Oxford (1985 bis 1994) und Professor für Comparative Social Institutions am Europäischen Hochschulinstitut in Florenz (EUI, 1995 bis 2004).

Zum Weiterlesen

Crouch, C.:
Colin Crouch, Das befremdliche Überleben des Neoliberalismus. Suhrkamp, Berlin 2011.

INTERVIEW:

Das Beste aus vielen Welten: MaxPo verzahnt globale und europäische Forschung

Ein Gespräch mit Marion Fourcade und Cornelia Woll, Direktorinnen des im Herbst 2012 eröffneten Max Planck Sciences Po Center on Coping with Instability in Market Societies, über Forschungsvisionen, europäische und US-amerikanische Forschungstraditionen und die interkulturelle Zusammenarbeit.

Moderation: Ursula Trappe, Forschungs Koordinatorin am MPIfG

Marion Fourcade ist Soziologin und seit 2012 Direktorin und Forschungsgruppenleiterin am MaxPo in Paris. Nach dem Studium der Soziologie und Wirtschaftswissenschaften an der Universität Paris, der École des hautes études en sciences sociales und an der École normale supérieure, Paris, promovierte sie 2000 im Fach Soziologie an der Harvard University. Seit 2003 lehrt sie an der University of California–Berkeley. Fourcade



befasst sich in international vergleichenden Forschungsarbeiten mit den kulturellen Hintergründen und Institutionen, die das Selbstverständnis und die Wahrnehmung der Handlungen von Akteuren prägen.

Cornelia Woll ist Politikwissenschaftlerin und seit 2012 Direktorin und Forschungsgruppenleiterin am MaxPo. Nach dem Studium der Politikwissenschaft und der Internationalen Beziehungen an der University of Chicago und der Sciences Po Paris erwarb sie 2004 ihren binationalen Doktorgrad an der Sciences Po und der Universität zu Köln. Danach forschte und lehrte sie an der Sciences Po, unter anderem als Leiterin der von der Max-Planck-Gesellschaft geförderten Otto-Hahn-Nachwuchsgruppe „Wirtschaftspatriotismus“.



Woll widmet sich in ihren Forschungsarbeiten zur internationalen und vergleichenden politischen Ökonomie der Finanz- und Handelspolitik sowie der Erforschung organisierter Interessen und ihres politischen Einflusses.

Ursula Trappe: Das MaxPo hat im Oktober 2012 offiziell seine Arbeit aufgenommen. Was sind die Forschungsziele, mit denen Sie in den kommenden fünf Jahren die Herausforderung annehmen wollen, den „Umgang mit Instabilität in Marktgesellschaften“ zu analysieren?

Marion Fourcade: Wir interessieren uns dafür, wie die globale Ausweitung der Finanzmärkte die Makroökonomie westlicher Industrienationen in den vergangenen zwanzig bis dreißig Jahren verändert hat, wie beispielsweise durch wirtschaftlichen Auf- und Abschwung Lebensläufe einzelner Menschen zerrissen wurden und welche Rolle das Kreditwesen in unserer Gesellschaft spielt. Wir wollen auch herausfinden, wie Regierungen diese Veränderungen und Unbeständigkeiten bewältigen: Wie sie zum Beispiel den Bankensektor regulieren, oder wie sie das Problem der nationalen Schuldenlast angehen.

Ursula Trappe: In seinem Buch „The Great Risk Shift“ beschreibt der US-amerikanische Politikwissenschaftler Jacob S. Hacker, wie Staat und Wirtschaft ökonomische Risiken vermehrt auf Einzelpersonen und Familien abwälzen. Sehen Sie Ihre Forschung in der Tradition Hackers?

Marion Fourcade: Mir gefällt das Bild, das Hacker zeichnet. Der Einzelne hat immer öfter das Risiko zu tragen: Er muss die Kosten für die eigene Ausbildung, die eigene Krankenversicherung, seine Rente und womöglich auch für seinen Rechtsschutz übernehmen. Wir sehen, dass die individuelle Risikolast in all diesen Bereichen gleichzeitig zunimmt.

Diese „Risikoverlagerung“ betrifft in unseren Augen jedoch nicht nur genannten die Risiken, an die wir zunächst denken – die Risiken, die der Wohlfahrtsstaat für den Einzelnen entschärfen kann. Ähnliche Prozesse, in denen das Risiko individuell verteilt wird,

INTERVIEW:

gibt es im Kreditmarkt. Dank neuer Technologien unterscheiden Kreditgeber verstärkt zwischen den Individuen: Personen, die am unteren Ende, und solchen, die an der Spitze der Kreditskala stehen, erhalten völlig unterschiedliche Kreditkonditionen.

Cornelia Woll: Ich stimme mit vielen Thesen Hackers überein. Allerdings deckt sich sein späteres Buch, „Winner-Take-All Politics“, das er zusammen mit Paul Pierson publiziert hat, noch besser mit meinen Ansätzen. Hacker untersucht hier die Rückwirkungen auf die Politik: Wer überhaupt wird politisch vertreten? Wie werden wirtschaftliche Ideen in den politischen Entscheidungsprozess eingespeist? Hacker hat diese Aspekte mit Pierson für die Vereinigten Staaten erforscht. Ich versuche dies nun in vergleichender Perspektive für Europa.

Ursula Trappe: Wie verknüpfen Sie die wissenschaftliche Arbeit des MaxPo mit der anglo-amerikanischen Forschungstradition? Wo sehen Sie Unterschiede, und warum ist es notwendig, ein deutsch-französisches Forschungszentrum zu etablieren?

Cornelia Woll: Die Sozialwissenschaften in Deutschland und Frankreich blicken auf eine namhafte Tradition zurück. Allerdings sind viele Theorien bisher nicht ins Englische übertragen worden. So wird man zwar an jeder US-amerikanischen Universität jemanden finden, der den französischen Philosophen Jacques Derrida verehrt. Doch heißt das noch lange nicht, dass ein hochwertiges französisches oder deutsches Papier auch zwangsläufig in den Staaten bekannt wird.

Die Idee, das Center zu gründen, rührt daher, dass wir nicht nur auf dem historischen Gedankengut der europäischen Soziologie aufbauen können. Es gilt vielmehr, auch neue Strömungen im Blick zu haben. Daher werden wir weiterhin den Dialog mit den USA suchen, aber zugleich die neuen deutschen und französischen Arbeiten nicht aus den Augen verlieren. Das ist das Ziel unserer deutsch-französischen Kooperation. Denn Kollegen aus den USA und dem Vereinigten Königreich haben großes Interesse an Europa und

seinen sozialwissenschaftlichen Thesen. Diesen Forschern möchten wir gern als Türöffner dienen.

Marion Fourcade: Als Türöffner und Brückenbauer verschaffen wir so der europäischen Soziologie ein besseres Gehör in den USA. Andererseits wollen wir auch die anglo-amerikanische Gesellschaftsforschung in Europa voranbringen. Wirtschaftssoziologie ist in Deutschland und Frankreich derzeit ein sehr lebendiges Feld. Ich wäre sicher nicht aus Berkeley zurückgekommen, wenn ich nicht wüsste, dass dieses Forschungsfeld seine intellektuelle Dynamik aus Europa bezogen hat. Meiner Meinung nach ist die Verbindung zu den USA aber grundlegend – allein aufgrund der enormen Menge, Vielfalt und Qualität der dortigen Forschung. Hinzu kommt, dass Gesellschaft und Wirtschaft der USA für die empirische Forschung in der Wirtschaftssoziologie einen sehr großen Stellenwert haben.

Ursula Trappe: Ihre eigenen akademischen Karrieren sind durch Aufenthalte in den USA sowie in Frankreich geprägt. Beeinflusst dieser „multikulturelle Hintergrund“ Ihre Arbeit?

Marion Fourcade: Wir beide wurden an beiden Orten ausgebildet: Ich habe meinen Master in Frankreich und meine Promotion in den USA abgeschlossen. Cornelia hat ihren Master in den Staaten und ihre Doktorarbeit in Europa verfasst. Diese grenzüberschreitenden, interkulturellen Erfahrungen haben uns maßgeblich zu dem gemacht, was wir sind. Dazu kommen wir natürlich aus zwei Ländern, in denen die Soziologie – eng verbunden mit der Politikwissenschaft – fest verwurzelt ist. Denken wir an Durkheim, Marx und Weber: Wenn klassische europäische Soziologie nicht Wirtschaftssoziologie oder Politische Soziologie ist, was ist sie dann?

Als ich anfing, Wirtschaftssoziologie in den USA zu unterrichten, fiel mir auf, dass ich die Studierenden oft Texte französischer und deutscher Autoren bearbeiten ließ. Diese waren viel relevanter als ich immer angenommen hatte. Erst nachdem ich eine längere Zeit in den USA verbracht hatte, habe ich meine Wur-

INTERVIEW:

zeln wiederentdeckt. Nun schaue ich mit einem neuen Blick auf sie, was mir neue Erkenntnisse bringt.

Ursula Trappe: Was hat Ihnen in den USA besonders gefallen, welche Aspekte werden Sie in Ihre Arbeit am MaxPo integrieren?

Cornelia Woll: Ganz allgemein: die Art des Unterrichts. In den USA wird sehr interaktiv unterrichtet und besonderer Wert darauf gelegt, wie sich Studierende ihr Wissen aneignen. Gelerntes wird ausführlich diskutiert. Daher stelle ich in meinen Vorlesungen viele Fragen, um die Studierenden zu aktiven Beiträgen zu animieren. In Deutschland und Frankreich dagegen richten sich die Vorlesungen traditionell an ein Plenum. Die Studierenden machen sich Notizen, lernen und reproduzieren diese für die Prüfungen. Wenn sie dann aber promovieren, sind sie es kaum gewohnt, Quellen zu hinterfragen und eigene Thesen zu entwickeln. Der Erfolg einer Promotion hängt auch davon ab, wie man zu Beginn einer akademischen Laufbahn wissenschaftlich arbeitet. In dem Maße wie Bachelor- und Masterstudierende dies vorgelebt bekommen, werden sie darauf vorbereitet.

Marion Fourcade: Am MaxPo wollen wir einen fruchtbaren Boden für Diskussionen, Treffen und Austausch bieten. Wir sind beide der Meinung, dass Professoren für Fragen aller Studierenden erreichbar sein müssen. Deshalb treffen wir uns regelmäßig mit ihnen. Wir wollen eine anregende Arbeitsatmosphäre kreieren – wie man sie an einer kleinen Hochschule irgendwo in New England finden könnte.

Zwischen den USA und Europa gibt es zudem einen Unterschied hinsichtlich der Organisation der Fakultäten. Für mich sind die Staaten – zumindest in der Soziologie – sehr nach dem „Disziplinen-Modell“ organisiert. So wird man an einem Forschungsinstitut Menschen treffen, die ganz andere Methoden verwenden als man selbst und die an völlig anderen Themen arbeiten. Aber dies wird als Stärke des Instituts gesehen, das dadurch viele unterschiedliche Themenfelder abdecken kann.

In Frankreich und Deutschland ist das Modell des „Forschungszentrums“ vorherrschend. Hier arbeiten Wissenschaftler an ähnlichen Forschungsfeldern; die thematische Vielfalt ist weniger ausgeprägt als an einem US-amerikanischen Institut. So neigen die großen Forschungszentren dazu, Themen zu vereinheitlichen – manchmal sogar zu sehr – um einen bestimmten Ansatz oder um einen einzelnen Interessenbereich, der auch disziplinübergreifend sein kann, herum. Das ist der Ursprung der verschiedenen Schulen.

Jedes Modell hat seine Vorzüge. Am US-amerikanischen „Disziplinen-Modell“ schätze ich insbesondere, dass es uns erlaubt, keine Angst vor Themen zu haben, von denen wir noch nichts wissen. Deshalb sind auch wissenschaftliche, US-amerikanische wissenschaftliche Zeitschriften so überaus erfolgreich. Sie wenden sich an Fachleute generell und nicht nur an eine bestimmte Gruppe – so wie hier in Europa.

Ursula Trappe: Wie können interessierte Wissenschaftler und der Forschungsnachwuchs am MaxPo teilhaben?

Cornelia Woll: Das Allerwichtigste: Sie können an das Center kommen und es im Rahmen des gemeinsamen Doktorandenprogramms der Sciences Po und des MPIfG besuchen, dessen Partner wir sind. Wenn also jemand an einem Thema arbeitet, das entweder Mari- ons oder meine Forschungsgruppe bearbeitet, soll sie oder er uns ansprechen. Wir können auch Postdocs aufnehmen und haben ein Austauschprogramm für Gastforscher.

Marion Fourcade: Dieses Austauschprogramm ist für Postdocs sowie für bereits etablierte Wissenschaftler konzipiert. Wir haben zwei Seminarreihen: einmal im Monat eine große Seminarreihe, die SCOOPS, und die etwas informelleren COOPS, unsere Brown-Bag-Reihe. Wir laden alle Interessierten ein, hier bei uns ihre Arbeiten zu präsentieren.

INTERVIEW:

Ursula Trappe: Derzeit wird diskutiert, ob verstärkt in der jeweiligen Landessprache und weniger auf Englisch zu publizieren sei. Haben Sie hier einen Vorschlag?

Marion Fourcade: Die soziologische Antwort ist: Wir leben in einer Welt der Macht. Das heißt, es gibt auch eine Machtstruktur innerhalb der Organisation der Wissenschaft, ob wir wollen oder nicht. Die USA sind einfach aufgrund des Renommées ihrer Universitäten der Vorreiter in der Soziologie. Deshalb ist auch der Austausch mit der US-amerikanischen Forschung so existenziell für uns. Das heißt gleichzeitig aber auch, dass wir auf Englisch kommunizieren müssen. Auf der anderen Seite des Atlantiks werden kaum deutsch- oder französischsprachige Werke gelesen.

Cornelia Woll: Die Forscher, die hierher kommen, wollen aber in Frankreich forschen und interessieren sich auch für die französische Forschungsliteratur. Wenn wir ihnen den Zugang zur Literatur ermöglichen, motivieren wir sie auch, sich mit Französisch und Deutsch auseinanderzusetzen. Aber in dem Maße, wie sie es wollen. Was das Publizieren angeht, habe ich eine sehr dezidierte Meinung: Nur Arbeiten in englischer Sprache werden breit rezipiert.

Marion Fourcade: Der akademische Markt wird immer globaler. Es wäre schrecklich für unsere Studierenden, wenn wir sie nicht dazu aufforderten, diese Vorteile zu nutzen. Wir wollen sie durch die Sprache nicht an ein bestimmtes Land ketten, da wir uns ihrer Hinwendung zum globalen Wissenschaftsmarkt bewusst sind. Auch für die wissenschaftliche Zukunft unserer Doktoranden sind wir als deren Berater verantwortlich.

Ursula Trappe: Was sind Ihrer Meinung nach die Fragen, die die Wirtschaftssoziologie derzeit am allermeisten fordern? Wo sehen Sie Potenzial für Pionierforschung?

Marion Fourcade: Ich glaube wirklich, dass sich die Wirtschaftssoziologie von den wichtigsten Fragen der klassischen Sozialwissenschaft – wie denen nach Sozialstrukturen, Ungleichheit und Macht – losgelöst

hat und dass wir zu diesen zurückkehren müssen. Denn nach wie vor sind die Konsequenzen wirtschaftlicher Transformationen für die Gesellschaft nicht umfassend genug analysiert worden. Der Name des Centers, „Umgang mit Instabilität in Marktgesellschaften“, vereint zwei sozialwissenschaftliche Forschungstraditionen: das Studium entstehender sozialer Schichten und sozialer Ungleichheit sowie das Studium der Funktionsweise von Märkten.

Diese beiden Forschungstraditionen zusammenzubringen, ist mir sehr wichtig. Mein derzeit größtes Interesse gilt der Verzahnung wirtschaftlicher Prozesse mit Formen der sozialen Klassifizierung. Klassifizierungsstudien sind zwar seit Langem in der Soziologie angesehen. Allerdings war es meist ein Randthema für Wirtschaftssoziologen, allenfalls wahrgenommen im Bereich der illegalen Märkte oder in der Finanzsoziologie. Die Organisation und Regulierung von Märkten ebenso wie Währungs- und Fiskalpolitik tiefergehend zu untersuchen, erschien Soziologen unangemessen. Daher denke ich, dass sich uns hier noch ein breites Forschungsspektrum öffnen wird.

Cornelia Woll: Finanzen, Ungleichheit und Macht – das sind unsere Themen. Mich interessiert die politische Perspektive auf das Finanzwesen. Das heißt, die politische Seite ist leicht zu übersehen. Doch die Finanzkrise hat uns gelehrt, dass das Finanzwesen für das Leben vieler und für die Politik als solche mehr als entscheidend ist. Wir fangen in der Politikwissenschaft erst an, diese Auswirkungen zu verstehen. Pionierforschung findet für mich immer an der Schnittstelle mehrerer Themenfelder statt. Wer sich aber anderen Disziplinen zuwendet, kann Verknüpfungen zwischen Themenfeldern entdecken und neue Erkenntnisse schaffen!

 Website des MaxPo
www.maxpo.eu

FORSCHERPORTRAIT :

Hell und schnell: Der Soziologe Patrick Le Galès

Er redet schnell und gestikuliert dabei, erst mit einer Hand, dann – als das nicht mehr ausreicht, um die vielen Worte zu fassen und zu unterstreichen – mit zwei Händen; der Wechsel von einer zu zwei Händen wirkt wie ein Crescendo. Sein Tempo scheint dem Gesagten eine gewisse Dringlichkeit zu verleihen. So präsentierte sich Patrick Le Galès vor einem Jahr beim Institutstag 2011 des Max-Planck-Instituts für Gesellschaftsforschung, als er für die vereinbarte Kooperation zwischen dem MPIfG und der Sciences Po in Paris den Rahmen zeichnete: Wie haben sich die Staaten verändert, in denen die Menschen mit wachsenden Instabilitäten klarkommen müssen?

Patrick Le Galès



ist Professor für Soziologie und Politikwissenschaft an der Sciences Po Paris und CNRS-Forschungsdirektor am dortigen Centre d'études européennes. Nach dem Studium an der Sciences Po, der Université Nanterre Paris X und am Nuffield College der University of Oxford habilitierte er sich 1997 an der Université de Rennes und lehrt seit 1998 an der Sciences Po (zunächst am CEVIPOF, seit 2009 am Centre d'études européennes). Als Gastforscher lehrte und arbeitete er an der University of California, Los Angeles (UCLA, 1999 und 2003), an der University of Oxford (2002 bis 2003) und an den Universitäten von Warwick, Salford, Cardiff, Venedig und Mailand.

„Ich bin an zu vielen Dingen gleichzeitig interessiert“, erklärt Le Galès. Darum habe er mehrere Forschungsprojekte parallel laufen. Er ist Professor für Politikwissenschaft und Soziologie an der Sciences Po und Forschungsdirektor des *Centre national de la recherche scientifique – CNRS*. Beim Treffen in seinem Büro an der Pariser Elite-Hochschule kommt Le Galès bequem gekleidet in kragenlosem T-Shirt und Turnschuhen – und mit dem Rollkoffer: Er muss gleich weiter zu einer Tagung nach Amsterdam. In mehreren Projekten parallel zu arbeiten, das ginge natürlich nur, wenn man im Team arbeite. Immer wieder sucht Le Galès die Kooperation mit Kollegen in Frankreich und darüber hinaus: „Ich mag das, denn ich werde schlauer, wenn ich mit anderen zusammenarbeite.“ Das klingt ehrlich und unprätentiös: Ein Forscher, der mehr lernen will, den der Bildungshunger immer weiter treibt; keiner, der sich auf den einmal verdienten Meriten ausruht. Und Meriten hat sich der noch nicht mal Fünfzigjährige schon reichlich erworben: Eine der jüngsten Auszeichnungen ist die Wahl zum Präsidenten der *Society for the Advancement of Socio-Economics (SASE)* und die Aufnahme in die *British Academy for the Humanities and Social Sciences*.

Mit Großbritannien verbindet den Bretonen Le Galès eine lange Beziehung: Für seine Doktorarbeit kam er an das Nuffield College der University of Oxford, er hat immer wieder zu britischen Themen geforscht; zuletzt hat er drei Jahre lang als Teilzeitprofessor am King's College in London gelehrt. *Changes in Central-Local Relations and Local Economic Strategies in Cities*

FORSCHERPORTRAIT :

in Britain and France war der Titel seiner Doktorarbeit. „Vielleicht sehe ich mit dem vergleichenden Blick Dinge, die die britischen Kollegen nicht sehen“, so Le Galès. Vergleichen als Erkenntnisgewinn ist ihm wichtig, „kritisch und vergleichend“ ist ein Wortpaar, das er öfter benutzt. Großbritannien blieb nicht das einzige Land für vergleichende Forschung; längst ist sein Blick auf ganz Mitteleuropa gerichtet. Mit seinem Buch über *European Cities: Conflicts and Governance* wurde er in weiten Kreisen seines Fachs bekannt.

An der Sciences Po entwickelte er den Studiengang *Urban Studies*, und er ist stolz darauf, dass es dort international zugeht und seine Absolventen in unterschiedlichen Ländern tätig werden – und dass die Absolventen gute Berufschancen haben. Passt das zusammen: Leute für die Spitzenpositionen in den Städten Europas auszubilden und kritische Wissenschaft zu betreiben? „*You need two minds to reconcile that*“, so Le Galès in seinem perfekten, britisch gefärbten Englisch. Die beiden Seelen in der Brust von Le Galès: hohe Professionalität, die vom Arbeitsmarkt geschätzt würde, und gute, kritische (weil vergleichende) Forschung. Er sei stolz darauf, dass einige seiner Absolventen für private Bauherren arbeiten und andere als Aktivisten bei NGOs. Das zeige ihm, dass er einen vernünftigen Studiengang geschaffen habe. Wichtig sei es ihm, die Studierenden zum Denken anzuleiten, nicht ihnen ein Modell zu verkaufen.

Die Studierenden kämen mit unterschiedlichen Vorstellungen an die Sciences Po; einige wollten die Welt retten und andere gutes Geld verdienen. „Aber die meisten machen nach vier bis fünf Jahren etwas anderes“, so Le Galès. Weil sie dazugelernt und andere Blickwinkel kennengelernt hätten. Das ständige Dazu-Lernen habe auch seinen Weg in die Wissenschaft bestimmt. Eigentlich wollte er nach dem Studium in Paris wieder zurück in die Bretagne, um für die Regionalentwicklung zu arbeiten. Aber sein Professor habe ihn zu einer Promotion ermutigt, und sein Interesse sei mit der wissenschaftlichen Arbeit immer weiter gewachsen.

Großbritannien entzündet dabei immer wieder seine forschende Neugier: Die neoliberale Transformation unter Margaret Thatcher sei „spektakulär“ gewesen: „Ein Labor für Europa“, wo Dinge ausprobiert worden seien, die man bis dato in Mitteleuropa für undenkbar gehalten habe: Durch Rückzug der öffentlichen Hand aus vielen Bereichen der Gesellschaft und entsprechende Privatisierungswellen habe der Staat neue Märkte geschaffen: im Gesundheitssystem, im Bildungswesen, in der Verwaltung. New Labour habe diese Politik weitgehend fortgeführt.

„ Die neoliberale Transformation unter Margaret Thatcher war ein Labor für Europa. “

Le Galès, Fachmann für *Governance*, sieht hier die „rechte Hand“ des Staates wirken: eine Regierung auf Distanz, die aber dennoch starke, sanktionsbewehrte Anforderungen an die Menschen stelle.

Le Galès interessiert sich dafür, wie die Menschen mit der neuen Situation umgegangen sind. Er hat eine „Wiederherstellung des Marktsubjektes“ beobachtet: Viele hätten die neuen Regeln gelernt, um auf dem Markt zu bestehen: Gewerkschafter überböten sich gegenseitig darin, ihren Mitgliedern Finanzdienstleistungen und Versicherungen anzupreisen, linke Professoren setzten ihre finanziellen Ressourcen an der Börse ein und verhandelten über Fusionen mit oder Übernahmen durch andere Universitäten, Manager öffentlicher Bibliotheken sähen in Immobilienverwertung und Ausgabeneffizienz ihre vornehmsten Ziele.

„*There are the quick and the dead.*“ Die, die sich nicht anpassen können, würden marginalisiert. Le Galès verweist auf die Vorstädte von Glasgow: Dort betrage die durchschnittliche Lebenserwartung inzwischen 56 Jahre. „Das

FORSCHERPORTRAIT :



Le Galès ist es wichtig, die Studenten zum Denken anzuleiten, nicht ihnen ein Modell zu verkaufen.

bestimmte Minderheiten zu aktivieren, um gemeinsames Handeln zu stimulieren, statt von oben nach unten durchzuregieren. Diese Form des Staatshandelns sei auch eine Reaktion auf die abnehmende Fähigkeit des Staates, die Gesellschaft als Ganzes effektiv zu steuern: Bestimmte Gruppen, nicht zuletzt Firmen und Kapital, hätten Wege gefunden, sich dem Staatshandeln zu entziehen. An dieser Stelle nennt Le Galès immer den Namen von Renate Mayntz, die dazu „fantastische Arbeit“ geleistet habe, die lange die Forschungsagenda bestimmt habe.

ist niedriger als im Irak!“ In England säßen fünfzig Prozent mehr Menschen im Gefängnis als im Rest von Europa. Die „rechte Hand des Staates“, das sei auch „der strafende Staat“. Man spürt das Engagement des Forschers. Ob er seine Arbeit auch als öffentliche Intervention verstehe? Le Galès ist zurückhaltend. Er will wohl in erster Linie Forscher sein, aber vielleicht hängt sein Blick auf die Gettos von Glasgow auch mit seiner Herkunft zusammen: „Ich bin in einer Sozialwohnung in Saint Brieuc groß geworden.“

Und die „linke Hand des Staates“? Das sei Regieren durch Verhandlungen, durch den Versuch, Koalitionen zu bilden, be-

„ Bestimmte Gruppen, nicht zuletzt Firmen und Kapital, haben Wege gefunden, sich dem Staatshandeln zu entziehen. “

Und jetzt, in der Krise des Kapitalismus – erleben wir nun einen starken oder einen schwachen Staat? In seinem Vortrag am Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung im November 2011 sortierte Le Galès die möglichen Positionen: Es gebe zwei Vermutungen zur Restrukturierung des Staates im Zuge der Finanzkrise. Zum einen, dass die Transformationen der letzten dreißig Jahre auch die Reaktion der Staaten auf die Finanzkrise erklären würden. Die gegenwärtigen Transformationen seien also nur eine Vertiefung oder Beschleunigung eines neoliberalen Umbauprozesses, der schon lange im Gang sei. Die zweite Vermutung hingegen gehe davon aus, dass die Finanzkrise zu einem neuen massiven Umbau des Staates führe. Le Galès neigt der ersten Position zu, sieht aber noch weiteren Klärungsbedarf. Dem will er in einer Kooperation mit seinem britischen Kollegen Desmond King vom Nuffield College in Oxford über die Erneuerung der Soziologie des Staates nachgehen. Sie hätten eine Forschergruppe zusammengestellt, bei der auch Wolfgang Streeck dabei sei – mit dem er auch in einer *Summer School* im Juli 2013 am European University Institut in Florenz über die Restrukturierung des Staates nachdenken werde. „Nach den nächsten vier Jahren werden wir mehr wissen.“

Ja sicher, gute Forschung braucht Zeit. Aber wie ist das denn nun: Hat Wolfgang Streeck recht, wenn er in seinem geistreichen Pessimismus davon spricht, dass die europäischen Staaten zu „Konsolidierungsstaaten“ wurden, zu Inkassounternehmen für das Kapital? „Wolfgang bringt viele starke Argumente zum Fiskalstaat, die wichtig für

FORSCHERPORTRAIT :



Wolfgang Streeck und Patrick Le Galès

Finanzkrise wären hier Grenzen erreicht worden: „Wir müssen vorsichtig sein und mit der Konsolidierungsperspektive nicht alles überall erklären.“ Das ist ja beruhigend, dass „Wolfgang“ und „Patrick“ noch etwas miteinander zu diskutieren haben und voneinander lernen können, wenn Le Galès mit seinem Tempo und Temperament im kommenden März als *Scholar in Residence* ans MPIfG kommt.

unsere Arbeit sind“, ist Le Galès überzeugt. Aber für ihn seien die Dinge noch nicht ganz so klar. Es gebe ja auch die linke Hand des Staates: die Zuweisung von Rechten, die Aktivierung von Menschen, das Bemühen um nachhaltige Entwicklung. Diese positiven Aspekte des Staatshandelns nähmen ja auch zu. Und selbst in den Ländern Europas, die unter starkem Konsolidierungsdruck litten, könne nicht alles nur mit Konsolidierungsbemühungen erklärt werden: Die Wachstumsraten in Italien seien zum Beispiel konstant zurückgegangen über die letzten fünfzig Jahre – und nun seien sie eben auf null. Auch ohne die

Christoph Fleischmann

Zum Weiterlesen

Lascoumes, P., Le Galès, P.:
Sociologie de l'action publique. Armand Colin, 128,
Paris, Deuxième édition, 2012.

Faucher-King, F., Le Galès, P.:
The New Labour Experiment. Stanford University
Press, Stanford 2010.

- Persönliche Homepage von Patrick Le Galès am CEE
www.cee.sciences-po.fr/fr/le-centre/equipe-de-recherche/59-patrick-legales.html

NACHRICHTEN :

Max Planck Sciences Po Center in Paris nimmt Arbeit auf



Die langjährige Zusammenarbeit zwischen dem MPIfG und der Pariser Universität Sciences Po ist seit dem 1. Oktober 2012 noch enger geworden. In dem gemeinsam gegründeten Max Planck Sciences Po Center on Coping with Instability in Market Societies (MaxPo) werden die Auswirkungen zunehmender Liberalisierung, technischen Fortschritts und kultureller Veränderungen auf westliche Industriegesellschaften erforscht. Das Center wird von der Max-Planck-Gesellschaft und Sciences Po zu gleichen Teilen finanziert und ist zunächst auf fünf Jahre ausgelegt. Es ist Teil der Internationalisierungsbestrebungen der MPG und ein neuartiges Projekt deutsch-französischer Forschungskooperation in den Sozialwissenschaften.

- <http://tinyurl.com/MaxPoProfil>
- <http://tinyurl.com/MaxPoResearchAgenda>

Wolfgang Streeck für Beitrag zur öffentlichen Wirksamkeit der Soziologie geehrt

Die Deutsche Gesellschaft für Soziologie (DGS) verleiht Wolfgang Streeck ihren „Preis für herausragende Leistungen auf dem Gebiet der öffentlichen Wirksamkeit der Soziologie“ des Jahres 2012. Der Preis wurde auf der Eröff-



nungsveranstaltung des 36. Kongresses der DGS am 1. Oktober 2012 in Bochum überreicht. Streeck wird für seine „hervorragende Förderung des öffentlichen Bildes der Soziologie“ ausgezeichnet. Unter den Preisträgern der vergangenen Jahre waren Jan-Phillip Reemtsma, Karl Otto Hondrich und Ulrich Beck.

Kongressbeiträge des MPIfG bei DGS und DVPW

Das MPIfG war im Herbst 2012 auf den beiden Jahreskongressen der großen deutschen sozialwissenschaftlichen Vereinigungen DGS und DVPW mit Beiträgen seiner Wissenschaftler und mit Buch- und Informationsständen vertreten.

Der DGS-Kongress „Vielfalt und Zusammenhalt“ im Oktober 2012 in Bochum hatte rund 2.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer. Die DGS-Sektion Wirtschaftssoziologie, deren Vorstand Jens Beckert angehört, lud unter anderem zu einer Plenarveranstaltung zum Thema „Ökonomische Dynamiken und Gefährdungen sozialer Ordnung“ ein, und Renate Mayntz hielt eine Mittagsvorlesung über „Erkennen was die Welt zusammenhält: Die Finanzmarktkrise als Herausforderung für eine Theorie der Systemintegration“. Am DVPW-Kongress zum Thema „Die Versprechen der Demokratie“ im September 2012 in Tübingen nahmen rund 1.000 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler teil. Die DVPW-Sektion „Politische Ökonomie“ wählte Armin Schäfer in ihren Vorstand.

Dritte gemeinsame Tagung von MPIfG und IW

Am 25. September 2012 luden das MPIfG und das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) zu ihrer dritten gemeinsamen Tagung in die Räume des Kölner IW ein. Wissenschaftler beider Institute diskutierten über die Frage: „Finanzkrise, Schuldenkrise, Demokratiekrise: Der Anfang vom Ende der Demokratie?“. Die Ergebnisse der Tagung fließen in die Arbeit der IW-Forschungsgruppe „Markt und Staat“ ein, deren Kooperationspartner das MPIfG ist.

- Konferenzbericht s. S. 30

NACHRICHTEN :

Adorno-Vorlesungen von Wolfgang Streeck

Im Juni 2012 hielt Wolfgang Streeck die diesjährigen Adorno-Vorlesungen am Frankfurter Institut für Sozialforschung. In drei Vorträgen unter dem Titel „Gekaufte Zeit: Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus“ beschrieb Streeck den Weg in die Finanz- und Fiskalkrise der Gegenwart als Prozess einer langfristigen Transformation des Verhältnisses von Demokratie und Kapitalismus, zeichnete den Wandel vom Steuer- zum Schuldenstaat nach und diskutierte die gegenwärtige Entwicklung hin zu einem Konsolidierungs- und Austeritätsstaat. Die Vorlesungsreihe erscheint im Frühjahr 2013 als Buch im Suhrkamp-Verlag.

Neue Mitglieder im Kuratorium des MPIfG



Am 18. Juni 2012 traf sich das Kuratorium des MPIfG zu seiner jährlichen Tagung. Vier neue Mitglieder nahmen erstmalig daran teil: die NRW-Landtagsabgeordnete Martin Börschel, Arndt Klocke und Andreas Kossiski, der auch Vorsitzender der DGB-Region Köln-Bonn ist, sowie der Chefredakteur des Kölner Stadt-Anzeigers Peter Pauls. Programmpunkte waren der Aufbau des Max Planck Sciences Po Center on Coping with Instability in Market Societies in Paris sowie ein Vortrag von Martin Höpner zu Problemen der europäischen Integration.

Journalist in Residence Fellowships für 2012 vergeben

Susanne Wankell, freie Print- und Hörfunkjournalistin und Autorin, und Gerhard Klas, ebenfalls freier Hörfunkjournalist, werden in den nächsten Monaten als „Journalists in Residence“ Gäste am MPIfG sein. Susanne Wankell setzt sich besonders mit der Frage auseinander, wie sich die gesellschaftliche Kommunikation durch das Internet verändert. Gerhard Klas interessiert die gesellschaftliche Transformation in Entwicklungsländern. Bis 2010 hatte die VolkswagenStiftung das von vier sozialwissenschaftlichen Forschungseinrichtungen getragene Journalist in Residence Fellowship gefördert. Seit 2011 führen das Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung und das MPIfG das Programm eigenständig weiter.

Wolfgang Streeck erhält Ehrenmedaille der Universität Verona

Wolfgang Streeck wurde im September 2012 mit der Ehrenmedaille der Universität Verona ausgezeichnet. Die Medaille wurde ihm anlässlich seines Vortrags über das „Verhältnis von sozialer Gerechtigkeit und Marktgerechtigkeit“ im Rahmen der Messedaglia-Vorträge der Universität überreicht.

Martin Höpner erhält Wolfgang Kaupen-Preis

Martin Höpner erhielt für seinen Aufsatz „Der Europäische Gerichtshof als Motor der europäischen Integration: Eine akteursbezogene Erklärung“ (Berliner Journal für Soziologie 21/2011) den Wolfgang Kaupen-Preis der Sektion für Rechtssoziologie der Deutschen Gesellschaft für Soziologie (DGS). Die Sektion prämiert damit den besten rechtssoziologischen Fachaufsatz eines Zeitschriftenjahrgangs. Gewürdigt werden Fachaufsätze, die das empirische und theoretische Potenzial der Rechts-



NACHRICHTEN :

soziologie verdeutlichen. Der Preis wird im Rahmen des DGS-Kongresses 2012 in Bochum verliehen.

Preis der Fritz Thyssen Stiftung an Martin Höpner, Alexander Petring, Daniel Seikel und Benjamin Werner

Für ihren Aufsatz „Liberalisierungspolitik: Eine Bestandsaufnahme des Rückbaus wirtschafts- und sozialpolitischer Interventionen in entwickelten Industrieländern“ (Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 63/2011) erhalten Martin Höpner, Alexander Petring, Daniel Seikel und Benjamin Werner den Preis der Fritz Thyssen Stiftung für sozialwissenschaftliche Aufsätze des Jahrgangs 2011. Bei dem Aufsatz handelt es sich um ein Arbeitsergebnis der Forschungsgruppe zur politischen Ökonomie der europäischen Integration am MPIfG. Der Preis wird den Preisträgern am 3. Oktober im Rahmen des DGS-Kongresses 2012 in Bochum überreicht.

Ipek Göçmen erhält Dissertationspreis der London School of Economics

Der Lehrstuhl für Türkische Studien an der London School of Economics hat Ipek Göçmen für ihre Doktorarbeit zum Thema „Die Politik religiös motivierter

Wohlfahrtspflege“ mit dem 1. Platz des diesjährigen LSE-Dissertationswettbewerbes ausgezeichnet. Studierende europäischer Universitäten, die 2010 oder 2011 Dissertationen zu Themen der heutigen Türkei abgeschlossen hatten, konnten für die Teilnahme am Wettbewerb nominiert werden. Der Preis wurde am 6. Juni 2012 verliehen. Göçmen war zwischen 2007 und 2012 Stipendiatin der IMPRS und ist zurzeit Wissenschaftlerin am Social Policy Forum der Bogaziçi Universität in Istanbul.

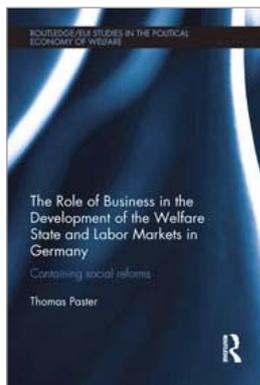


Mehr Nachrichten aus dem MPIfG
www.mpifg.de/aktuelles/nachrichten_de.asp

NEUERSCHEINUNGEN :

Bücher, Journal Articles und Discussion Papers

MPiFG Bücher



Paster, Thomas

The Role of Business in the Development of the Welfare State and Labor Markets in Germany: Containing Social Reforms

London: Routledge, 2012

234 pages | ISBN 978-0-415-61136-7 | £ 80.00 (hardback)

This book assesses the role of employers in the development of welfare state and labour market institutions. Building on an in-depth analysis of Germany, a market economy known to often provide economic benefits to firms, this book explores one of the most contested issues in the comparative and historical literature on the welfare state.

In a departure from existing employer-centered explanations, the author applies new empirical data to contend that the variation in acceptance of social reform depends more on changes in the types of political challenges faced by employers, than on changes in the type of institutions considered economically beneficial. Covering major reforms spanning more than a century of institutional development in unemployment insurance, accident insurance, pensions, collective bargaining, and codetermination, this book argues that employers support social policy as a means to contain political outcomes that would have been worse, including labour unrest and more radical reform plans. Using new and controversial findings on the role of employers in welfare state development, this book considers the conditions for a peaceful coexistence of a generous welfare state and the business world.



MPiFG Journal Articles

Afonso, Alexandre

Europeanization or Party Politics? Explaining Government Choice for Corporatist Concertation (with Yannis Papadopoulos). In: Governance, first published online May 21, 2012, DOI: 10.1080/13501763.2011.614158.

Dobusch, Leonhard, and Sigrid Quack

Framing Standards, Mobilizing Users: Copyright versus Fair Use in Transnational Regulation. In: Review of International Political Economy, iFirst, 2012, 1–37.

Dobusch, Leonhard, and Sigrid Quack

Organisation und strategisches Framing privater Regulierung: Urheberrecht zwischen Kreativität und Verwertung. Politische Vierteljahresschrift, Sonderheft 46, 2012, 273–318.

- Abstracts und Download
www.mpifg.de/pu/journal_articles_de.asp

NEUERSCHEINUNGEN :

Höpner, Martin

Regional Integration and Embeddedness: Waiting for Polanyi in a Hayekian Setting (with Armin Schäfer). In: *International Organization* 66(2), 2012, 429–455.

Höpner, Martin

Opportunismus oder Ungewissheit? Die Arbeitgeberhaltungen zum mitbestimmten Aufsichtsrat (with Maximilian Waclawczyk). In: *Industrielle Beziehungen* 19(3), 2012, 314–336.

Möllering, Guido

Organizing R&D Consortia for Path Creation and Extension: The Case of Semiconductor Manufacturing Technologies (with Jörg Sydow, Arnold Windeler and Cornelius Schubert). In: *Organization Studies* 33(7), 2012, 907–936.

Münnich, Sascha

Von Heuschrecken und Bienen: Profit als Legitimationsproblem. In: Anna Geis, Frank Nullmeier und Christopher Daase (Hg.), *Der Aufstieg der Legitimitätspolitik: Rechtfertigung und Kritik politisch-ökonomischer Ordnungen*. Leviathan, Sonderband 27. München: Nomos, 2012, 283–301.

Schäfer, Armin

Beeinflusst die sinkende Wahlbeteiligung das Wahlergebnis? Eine Analyse kleinräumiger Wahldaten in deutschen Großstädten. In: *Politische Vierteljahresschrift* 53(2), 2012, 240–264.

Streeck, Wolfgang

How to Study Contemporary Capitalism? In: *European Journal of Sociology* 53(1), 2012, 1–28.

Streeck, Wolfgang

Der öffentliche Auftrag der Soziologie. In: *Leviathan* 40(1), 2012, 129–147.

ten Brink, Tobias

Wiedergewinnung des Gleichgewichts? Sozioökonomische Dynamiken im neuen chinesischen Kapitalismus. In: *Leviathan* 40(2), 2012, 202–222.

NEUERSCHEINUNGEN :



● Abstracts und
Download
[www.mpifg.de/pu/
discpapers_de.asp](http://www.mpifg.de/pu/discpapers_de.asp)

MPIfG Discussion Papers

Philip Balsiger

Competing Tactics: How the Interplay of Tactical Approaches Shapes Movement Outcomes on the Market for Ethical Fashion. MPIfG Discussion Paper 12/9.

Mark Lutter

Wem wird gegeben? Matthäus-Effekte und geschlechtsspezifische Ungleichheiten auf dem Arbeitsmarkt für Filmschauspieler. MPIfG Discussion Paper 12/8.

Mark Lutter

Soziale Strukturen des Erfolgs: Winner-take-all-Prozesse in der Kreativwirtschaft. MPIfG Discussion Paper 12/7.

Fritz W. Scharpf

Legitimacy Intermediation in the Multilevel European Polity and Its Collapse in the Euro Crisis. MPIfG Discussion Paper 12/6.

Martin Höpner and Armin Schäfer

Integration among Unequals: How the Heterogeneity of European Varieties of Capitalism Shapes the Social and Democratic Potential of the EU. MPIfG Discussion Paper 12/5.

Jens Beckert

Capitalism as a System of Contingent Expectations: Toward a Sociological Micro-foundation of Political Economy. MPIfG Discussion Paper 12/4.

Jörg Rössel and Jens Beckert

Quality Classifications in Competition: Price Formation in the German Wine Market. MPIfG Discussion Paper 12/3.

Christoph Deutschmann

Capitalism, Religion, and the Idea of the Demonic. MPIfG Discussion Paper 12/2.

Martin Höpner und Maximilian Waclawczyk

Opportunismus oder Ungewissheit? Mitbestimmte Unternehmen zwischen Klassenkampf und Produktionsregime. MPIfG Discussion Paper 12/1.

VERANSTALTUNGEN :

Konferenzberichte und Vorschau 2012

„Ökonomie ohne Grenzen?“ Institutstag 2012

6. und 7. Dezember 2012



Das MPIfG lud am 6. und 7. Dezember 2012 zum fünften Institutstag nach Köln ein. Rund 100 Wissenschaftler und Vertreter aus Politik, Gesellschaft und Wirtschaft nahmen teil.

Bodo Hombach, Präsident der Bonner Akademie für Forschung und Lehre praktischer Politik, eröffnete die Veranstaltung mit einem Vortrag zum Thema „Was erwartet die Politik von der Wissenschaft und was nicht?“. In einem Podiumsgespräch zum Thema „Geld und Schuld im Kapitalismus“ diskutierten Carsten Burhop, Professor an der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität zu Köln, Rainer Hank, Leiter der Wirtschafts- und Finanzredaktion der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung und Kuratoriumsmitglied des MPIfG, sowie Peter Spahn, Professor an der Universität Stuttgart-Hohenheim und Paul Windolf, Professor emeritus der Universität Trier. Christoph Deutschmann, Professor emeritus an der Universität Tübingen, moderierte das Gespräch. Bei zwei Projektpräsentationen stellten Mitglieder der von Sigrid Quack und Martin Höpner geleiteten Forschungsgruppen am MPIfG die Ergebnisse ihrer Arbeiten vor. Themen waren „Institutionenbildung durch transnationale Mobilisierung“ und „Europäische Integration durch Recht“.

Der Institutstag dient dem Austausch von Wissenschaftlern und Interessierten aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Die zweitägige Veranstaltung wird gemeinsam vom MPIfG und dem Verein der Freunde und Ehemaligen getragen.

● Verein der Freunde und Ehemaligen des MPIfG
e.V.: www.mpifg.de/friends/verein_de.asp

Eröffnung des Max Planck Sciences Po Center on Coping with Instability in Market Societies (MaxPo)

29. November 2012, Sciences Po Paris

Das vom MPIfG und der Pariser Sciences Po gemeinsam gegründete Max Planck Sciences Po Center on Coping with Instability in Market Societies (MaxPo) wurde im November 2012 feierlich eröffnet. Nach Grußworten unter anderem des Interimsdirektors der Sciences Po, Hervé Crès, des Präsidenten der Max-Planck-Gesellschaft, Peter Gruss, und der deutschen Botschafterin in Frankreich, Susanne Wasum-Rainer, griff eine Podiumsdiskussion zum Thema „Moralische Kategorien in der Finanzkrise“ einen Aspekt der zukünftigen Forschung am Center auf. Philippe Steiner, Universität Paris-Sorbonne, Wolfgang Streeck, MPIfG, sowie Marion Fourcade und Cornelia Woll, Direktorinnen am MaxPo, präsentierten ihre Thesen. Moderiert wurde die Diskussion von Christine Musselin, Direktorin am Centre de sociologie des organisations der Sciences Po. Ein Empfang in der Residenz der deutschen Botschafterin in Paris schloss den Tag ab.

Das MaxPo wird die Auswirkungen zunehmender Liberalisierung, technischen Fortschritts und kultureller Veränderungen auf westliche Industriegesellschaften erforschen. Die Soziologin Marion Fourcade und die Politikwissenschaftlerin Cornelia Woll leiten das Center. Gemeinsam mit einer internationalen Gruppe von Nachwuchswissenschaftlern analysieren sie den Um-



VERANSTALTUNGEN :



bau der industrialisierten Gesellschaften, insbesondere die Wege und Methoden, die Einzelne, Familien, Organisationen und gesellschaftliche Teilsysteme entwickeln, um mit der wachsenden Unsicherheit umzugehen.

Das Center wird von der Max-Planck-Gesellschaft und Sciences Po zu gleichen Teilen finanziert und ist zunächst auf fünf Jahre ausgelegt. Es ist Teil der Internationalisierungsbestrebungen der MPG und ein innovatives Projekt deutsch-französischer Forschungskooperation in den Sozialwissenschaften.

- Video der Eröffnungsfeier
<http://vimeo.com/54860510>
- Video der Podiumsdiskussion
<https://vimeo.com/54941507>
- Webseite mit Texten und Videos der Deutschen Botschaft in Paris
<http://tinyurl.com/MaxPoDtBotschaft>

Finanzkrise, Schuldenkrise, Demokratiekrise: Der Anfang vom Ende der Demokratie?

Gemeinsame Konferenz mit dem Institut der deutschen Wirtschaft Köln

25. September 2012

Bereits zum dritten Mal trafen sich Wissenschaftler des Instituts der Deutschen Wirtschaft (IW) und des MPIfG im September 2012 zu einer gemeinsamen wissen-

schaftlichen Tagung. Das Ziel der Konferenz zum Thema „Finanzkrise, Schuldenkrise, Demokratiekrise: Der Anfang vom Ende der Demokratie?“ mit rund vierzig Teilnehmerinnen und Teilnehmern war es, die Folgen der Krise der Staatsfinanzen für die staatlichen Institutionen zu untersuchen.

Nach einer Einführung durch IW-Direktor *Michael Hüther* eröffnete *Carl-Christian von Weizsäcker* (Max-Planck-Institut zur Erforschung von Gemeinschaftsgütern, Bonn) eine kontroverse Debatte mit der These, dass angesichts des „Endes der Kapitalknappheit“ ein schneller Abbau der Staatsverschuldung geradezu gefährlich sei, weil Staatsanleihen eine wichtige und unbedingt nötige Form der Kapitalanlage böten. Aufgrund des demografischen Wandels bestehe eine ständig höhere Nachfrage nach sicheren Kapitalanlagen zur Altersvorsorge. Der Staat sehe sich deshalb gezwungen, explizite Verschuldung zunehmend durch implizite Verschuldung, also ungedeckte Versprechen zukünftiger Leistungen zu ersetzen.

Nach dieser theoretischen Perspektive auf das Thema konzentrierte sich die Konferenz auf empirische Bestandsaufnahmen. *Wolfgang Streeck* (MPIfG) erläuterte die negativen Auswirkungen von Haushaltskonsolidierungen auf die Zukunftsinvestitionen des Staates und wies auf die Sklerose der öffentlichen Haushalte hin, in denen der Anteil noch politisch verfügbarer Mittel ständig zurückgehe, weil immer mehr Geld bereits durch frühere Entscheidungen verplant sei. Dies sei ein bereits seit Jahrzehnten andauernder Trend, den zu brechen ausgesprochen schwierig sei.

Manfred Jäger-Ambrozewicz (IW Köln) untersuchte die Doppelrolle des Staates bei der Finanzmarktregulierung, bei der er selbst als wichtigster Akteur auf dem Anleihenmarkt auftrete und sich damit in einem permanenten Anreizkonflikt befinde. Erhöhe er etwa die Eigenkapitalanforderungen an die Banken, so erschwere er diesen damit zugleich den Ankauf von Staatsanleihen. *Cornelia Woll* (MaxPo – Max Planck Sciences Po Center on Coping with Instability in Market Societies, Paris) ergänzte diesen Vortrag mit einem Vergleich der Kosten der Bankenrettungsprogramme in der Fi-

VERANSTALTUNGEN :



nanzkrise. Diese seien vor dem Hintergrund eines ganz ähnlichen Zeitinkonsistenzproblems entwickelt worden: Spätestens nach den massiven Auswirkungen der Insolvenz von Lehman Brothers war die Drohung, man könne eine Bank bankrott gehen lassen, nicht mehr glaubwürdig. Wolls empirische Analyse zeigte, dass die Kosten der Bankenrettung in den einzelnen Ländern je nach Art der Rettung sehr unterschiedlich ausfielen. Dänemark und Irland zum Beispiel standen vor ähnlichen finanziellen Risiken, die jedoch in Dänemark aufgrund der Einbindung des privaten Bankensektors deutlich mildere Auswirkungen hatten.

Den Abschluss der Tagung bildete ein Vortrag von *Lukas Haffert* und *Philip Mehrrens* (MPIfG) zu den Erfahrungen von Ländern mit dauerhaften Haushaltsüberschüssen. Am Beispiel Schwedens zeigten sie, dass eine umfassende Konsolidierung des Staatshaushalts immer auch mit einer Neudefinition der Rolle des Staates in der Gesellschaft verbunden ist. So war in Schweden über Jahrzehnte der Erhalt der Vollbeschäftigung das wichtigste wirtschaftspolitische Ziel. Im Zuge der Haushaltskonsolidierung der 1990er-Jahre fand dann ein Schwerpunktwechsel statt, sodass Schweden heute vor allem niedrige Inflationsraten und positive Haushaltszahlen anstrebt und bereit ist, dafür eine dauerhafte Arbeitslosenquote von sieben bis acht Prozent zu akzeptieren.

Der Gedankenaustausch soll auf einer nächsten gemeinsamen Tagung im März 2013 fortgesetzt werden.

Lukas Haffert und Philip Mehrrens

Microfoundations of Diffusion Research: Actors, Mechanisms, Institutions Workshop

14. September 2012

Die Idee, dass sich neue Dinge durch wechselseitigen Einfluss und gegenseitige Ansteckung innerhalb eines sozialen Systems „viral“ ausbreiten können, ist nicht erst im Zeitalter von Social Media entstanden. Tatsächlich ist die Untersuchung sozialer Diffusionsprozesse seit Gabriel Tarde's „Gesetze der Imitation“ von 1903 lange schon ein wichtiger Gegenstand sozialwissenschaftlicher Forschung.

Die Untersuchung von Diffusionsprozessen kann dabei vieles umfassen, vom neuen Produkt über Meinungen, Praktiken, neue Organisationsformen und Institutionen bis hin zu politischen Strukturen. Während frühe Diffusionsforschungen mit Fragen der Modellierung von Ausbreitungsverläufen beschäftigt waren (die sogenannte „S“-Kurve), haben kürzlich neuere Debatten zu erweiterten theoretischen Überlegungen wie auch zu innovativen methodischen Herangehensweisen geführt. Dies geschah nicht zuletzt durch die neuerliche Verfügbarkeit breiterer Datenquellen und verbesserter Analyse- und Simulationstechniken.

Ziel des Workshops am MPIfG war es, Ökonomen, Politologen und Soziologen zusammenzuführen, um diesen Fragen detailliert nachzugehen. Im Mittelpunkt stand dabei die Frage, wie Ausbreitungsphänomene auf der Makroebene unter Rückgriff auf die Mikroebene besser zu verstehen sind. Ziel war eine Diskussion zur Mikrofundierung von Diffusionsprozessen.

Entsprechend dieser Fragestellung deckten die vorgestellten Untersuchungen ein breites Spektrum ab. Während *Steffen Mohrenberg* (Universität Hamburg), *Christian Henning* (Universität Kiel), *Tina Freyburg* (ETH Zürich) und *Mark Lutter* (MPIfG) über unterschiedliche Aspekte der Mikrofundierung bei der Ausbreitung politischer Strukturen aus quantitativer Sicht diskutierten, standen für *Antje Wegner* (KIT Karlsruhe), *Olga Malets* (TU München) und *René Lenz* (Universität Erfurt) die qualitative

VERANSTALTUNGEN :

Tiefenuntersuchung der Mechanismen eines Ausbreitungsprozesses im Vordergrund. Die Themen reichten vom Aufbau von Wasserversorgungssystemen in Vietnam über transnationale Standardisierungsmaßnahmen und ihre Durchsetzung bis hin zu Transferprozessen akademischer Normen. *Heiner Meulemann (Universität Köln)* sowie *Volker Lang* und *Steffen Hillmert (beide Universität Tübingen)* untersuchten Ausbreitungsprozesse am Beispiel des Internetzugangs.

Mark Lutter

● www.mpifg.de/projects/microfoundations

Politics, Power and Institutions Max Planck Summer Conference, Northwestern University, Chicago, USA

30. Juni bis 3. Juli 2012



Die Max Planck Sommerkonferenzen sind eine internationale jährliche Tagungsreihe, die von den teilnehmenden Instituten jeweils reihum ausgerichtet wird. Eine Besonderheit ist, dass vor allem Nachwuchswissenschaftler ihre Ergebnisse vorstellen und mit etablierten Forschern aus verschiedenen sozialwissenschaftlichen Disziplinen diskutieren. Die *Max Planck Summer Conference* fördert die Vernetzung und Interdisziplinarität sozialwissenschaftlicher Forschung und ist ein wichtiger Baustein der Doktorandenausbildung an der *International Max Planck Research School on the Social and Political Constitution of the Economy (IMPRS-SPCE)*.

Im Sommer 2012 fand die Konferenz zum siebten Mal statt. Die Organisatoren *James Mahoney* und *Bruce Car-*

ruthers (Northwestern University) hatten zur Diskussion über „Politics, Power and Institutions“ nach Chicago eingeladen. Die rund fünfundzwanzig Teilnehmerinnen und Teilnehmer kamen von der Sciences Po Paris, der Columbia University New York, der Northwestern University in Evanston und vom MPIfG Köln. Als fünfter Kooperationspartner kam 2012 das European University Institute in Florenz hinzu, das die Konferenz 2013 ausrichten wird.

In ihren Einführungsstatements zeichneten die Organisatoren die großen Forschungslinien der vertretenen Fächer nach und arbeiteten als Grundthema die institutionelle Einbettung der Wirtschaft heraus und deren politische, soziale oder kulturelle Dimension. Die folgenden drei Konferenztage bestanden aus einem intensiven Tagungsprogramm, das sowohl Plenumsveranstaltungen als auch parallele „Break out Sessions“ umfasste, in denen jeweils zwei Doktoranden ihre Forschungsergebnisse präsentierten.

In ihrem Plenumsvortrag stellte *Elisabeth Clemens*, Gastrednerin von der *University of Chicago*, dar, wie es in den USA zur Bildung des versteckten Sozialstaats („hidden welfare state“) kommen konnte, der anstelle von steuerfinanzierten Leistungen auf der Wohltätigkeit der Reichen beruht. Mit Verweis auf die Arbeiten von Marcel Mauss zeigte Clemens, dass „charity“ den Empfängern häufig ihre Würde nimmt und dass es sich bei ihr um eine undemokratische Form der Sozialpolitik handelt, die ausschließlich von den reichen Eliten kontrolliert wird, die durch sie politische Macht ausüben.

Chris Ansell (University of California in Berkeley) entwickelte in seinem Vortrag über die Zukunft der Governance neue Forschungsperspektiven, und *Josh Whitford (Columbia University)* präsentierte eine mögliche Erweiterung der Netzwerktheorie für den Fall, dass Netzwerke versagen.

Das Spektrum der „Breakout Sessions“ war breit gefächert: Es umfasste unter anderem Themen wie anthropologische Forschung im Regenwald, institutionelle Erklärungen zur Kinderarbeit im 19. Jahrhundert,

VERANSTALTUNGEN :

Qualitätsstandards in der Gesundheitspolitik, Meinungsumfragen, „State Building“ in Afrika, den institutionellen Wandel im schwedischen Wohlfahrtsstaat und in chinesischen Unternehmen, Minderheitenkon-

flikte in der Türkei und Migrations- und Liberalisierungspolitik.

Philip Mehrrens



Vorschau 2013

Donnerstag, 10. Januar 2013 | 17:00

Religiosität als Marktfolge und Vermarktlichung des Religiösen?

Gert Pickel, Universität Leipzig, Theologische Fakultät
Öffentlicher Vortrag

Donnerstag, 24. Januar 2013 | 17:00

On History and Policy: Time in the Age of Neoliberalism

Francesco Boldizzoni, Università degli Studi di Torino
Öffentlicher Vortrag

Donnerstag, 31. Januar 2013 | 17:00

Deutschland in der Reproduktionskrise

Kerstin Jürgens, Universität Kassel, Fachbereich
Gesellschaftswissenschaften
Öffentlicher Vortrag

● [Veranstaltungsübersicht auf der MPIfG-Website
www.mpifg.de/aktuelles/veranstaltungen_de.asp](http://www.mpifg.de/aktuelles/veranstaltungen_de.asp)

● [Anmeldung zu den Veranstaltungen
info@mpifg.de](mailto:info@mpifg.de)

IMPRESSUM

Der Newsletter „Gesellschaftsforschung“ ist ein kostenloser Service, der Sie zwei- bis dreimal im Jahr per E-Mail-Versand über Forschungsergebnisse, Publikationen, Veranstaltungen und vieles mehr aus dem MPIfG informiert. Abonnement und weitere Ausgaben unter www.mpifg.de/newsletter

© Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung
Köln, Dezember 2012

In Absprache mit der Redaktion frei zum Nachdruck.
Abdruck nur mit Quellenangabe.

Herausgeber

Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung
Paulstr. 3 | 50676 Köln
Tel. 0221 2767-0
Fax 0221 2767-555
www.mpifg.de
info@mpifg.de

Redaktion

Helen Callaghan, Christel Schommertz (verantw.)

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autorin oder des Autors wieder und sind nicht als offizielle Stellungnahme des Max-Planck-Instituts für Gesellschaftsforschung zu verstehen.

Bildnachweis

picture alliance/Ferhat Bouda 1, Patrick Poendl/iStockphoto 5, ullstein bild – Public Address 8, ullstein bild – CARO/Christian Kruppa 9, ©juergen-bauer.com 9, 14, picture alliance/Eventpress Mueller-Stauffenberg 10, Mario Vedder 11, Stefan Boness/Ipon 13 o., picture alliance/dpa 13 u., Thomas Arrivé 21, 23 o., 29 u., 30, Renate Schmitz 23 u., Matthias Jung 24 l., MPIfG 2, 5 u., 15, 19, 22, 24 u., 25, 29 o., 31, 32, 33

Gestaltung

zefo – Zentrum für Forschungskommunikation, Köln

Satz

Jeanette Störtte, Berlin

Das MPIfG

Das Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung ist eines der rund achtzig Institute der Max-Planck-Gesellschaft e.V., die von Bund und Ländern finanziert wird. Als eine Einrichtung der Spitzenforschung in den Sozialwissenschaften betreibt es anwendungsorientierte Grundlagenforschung mit dem Ziel einer empirisch fundierten Theorie der sozialen und politischen Grundlagen moderner Wirtschaftsordnungen. Im Mittelpunkt steht die Untersuchung der Zusammenhänge zwischen ökonomischem, sozialem und politischem Handeln. Das Institut schlägt eine Brücke zwischen Theorie und Politik und leistet einen Beitrag zur politischen Diskussion über zentrale Fragen moderner Gesellschaften. Es ist bei der Auswahl und Verwirklichung seiner Forschungsvorhaben frei und unabhängig.

MPIfG Jahrbuch 2011–2012

Das Jahrbuch erscheint alle zwei Jahre und informiert mit anschaulichen Artikeln über aktuelle Forschungsprojekte. Die gerade erschienene Ausgabe stellt elf Projekte vor, blickt zurück auf das 25-jährige Jubiläum des MPIfG im Jahr 2009 und porträtiert die Gründungsdirektorin Renate Mayntz. Ein Interview des Journalisten Ralf Bollmann mit Renate Mayntz, Christoph Deutschmann und J. Nicholas Ziegler zeigt deutsche und amerikanische Perspektiven auf die Staats- und Finanzkrise.



● Download
www.mpifg.de/pu/ueber_mpifg_de.asp

Bestellung
info@mpifg.de